Bauern im Kapitalismus und im Sozialismus

SEITE 4

1 H 20 150 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 13 vom 30. März 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

Sechs Milliarden für Besatzertruppen

AMI GO HOME!

Nixons Drohung gegen Westeuropa hat den Ruf unter den Werktätigen Westdeutschlands noch lauter werden lassen: Ami go home! Den westdeutschen Imperialisten aber ist der Schreck in die Glieder gefahren. Besonders Nixons Ankündigung, die US-Truppen abzuziehen, falls Westeuropa nicht pariert, löste große Unruhe unter ihnen aus. Finanzminister Schmidt reiste sofort nach Washington, um ein neues Abkommen über den Devisenausgleich abzuschließen: Für die Stationierung der verhaßten US-Truppen sollen den Werktätigen Westdeutschlands bis 1975 6 Mrd. DM abgepreßt werden.



Die Bevölkerung demonstriert gegen die Belästigung durch Besatzertruppen



Selbstverständlich denken die US-Imperialisten nicht im Traum daran, ihre militärische Anwesenheit in Westeruopa freiwillig abzubauen. Schließlich stehen ihre Truppen nicht aus Gefälligkeit hier, sondern um die Interessen des US-Imperialismus militärisch zu sichern:

– zu sichern gegenüber den sowjetischen Sozialimperialisten, die ebenfalls großen Appetit auf Westeuropa haben und alles daran setzen, um den USA diesen fetten Brocken abzujagen;

– zu sichern gegenüber den westeuropäischen Staaten, um deren Ausscheren aus der amerikanischen Oberherrschaft zu verhindern;

– zu sichern insbesondere auch gegenüber dem Kampf der Völker Westeuropas, die immer mehr zur Revolution und zum Sozialismus drängen.

Aber nicht nur Washington hat ein großes Interesse an amerikanischen Truppen in Europa. Auch die westeuropäischen Imperialisten – allen voran die westdeutsche Monopolbourgeoisie – wünschen die militärische Anwesenheit der USA. Darum reiste Finanzminister Schmidt nach Washington, um mit 6 Mrd. DM gut Wetter zu machen.

Der westdeutsche Imperialismus will die Anwesenheit der US-Truppen in Europa, auch wenn er zugleich mehr Bewegungsfreiheit gegenüber Washington anstrebt. Denn ein Abzug der US-Truppen, bedeutet eine Stärkung der Position der sowjetischen Sozialimperialisten. Aber die westdeutschen Imperialisten wollen nicht die Vorherrschaft der USA in Westeuropa durch die Vorherrschaft der neuen Kremlzaren ersetzt sehen, sondern sie versuchen, die Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Macht in Europa zu nutzen, um sich Handlungsspielraum für die Verfolgung der eigenen imperialistischen Ziele zu verschaffen. Auf diese Weise haben sie sich mit Unterstützung der beiden Supermächte eine führende Rolle in der EG verschafft, haben sie Westberlin annektiert und ihre Hände auf die DDR ausgestreckt. **Daß mit der Unterstützung der beiden Supermächte und ihrer Pläne in Europa die Gefahr eines imperialistischen Weltkrieges ständig wächst, hindert die westdeutschen Imperialisten nicht. Für sie zählt nicht der Frieden der Völker Europas, sondern einzig ihr Streben, selbst einen Platz an der Sonne zu erobern.**

Fortsetzung auf Seite 2

Algeriens Ministerpräsident Boumedienne in der VR CHINA:

Einheit und Solidarität der Völker!

Im Februar stattete der algerische Minsteripräsident Boumedienne der VR China einen Besuch ab. Boumedienne wurde von dem chinesischen Volk aufs herzlichste begrüßt. China und Algerien verbindet eine lange tiefe Freundschaft. Beide gehören zu den Ländern der Dritten Welt, die ihre Unabhängigkeit im langen Kampf gegen die Kolonialherrschaft erkämpfen mußten.

Präsident Boumedienne strich in seiner Rede heraus, daß "das algerische Volk sich zusammen mit dem chinesischen Volk begeistert fühlt angesichts der von diesem errungenen zahlreichen Siege im Kampf gegen den Feudalismus, die Reaktionäre und den Imperialismus. Es nimmt immer Anteil an den Kämpfen, die zur Stärkung ihrer Unabhängigkeit und zur Konsolidierung ihrer Revolution führen. **Algerien kann nicht vergessen, daß es in allen von ihm geschlagenen Schlachten ständig von China uneigennützig unterstützt wurde. Insbesondere war die Volksrepublik China während unseres Befreiungskampfes eines der ersten Länder, die uns mit den für uns lebenswichtigen Waffen versorgten". (zitiert nach PEKING RUNDSCHAU).**

Die uneigennützige Hilfe der VR China findet bei den meisten Ländern der Dritten Welt große Anerkennung. Während z.B. die imperialistische Sowjetunion mit ihrer sogenannten Unterstützung Riesenprofite macht (Persien, Indien), oder sie mit erpresserischen Auflagen belegt (Waffenlieferungen an die Staaten des Nahen Osten), ist die bürderliche Unterstützung der VR China vom Geist des proletarischen Internationalismus beseelt. Auf der Konferenz der blockfreien Länder im letzten September, erkannten die Länder, daß der Imperialismus das größte Hindernis auf dem Weg zu ihrer Befreiung ist und verurteilten ihn scharf. **Die Länder der Dritten Welt erkennen immer deutlicher, erklärte Präsident Boumedienne, daß ihre Existenz von ihrer Einheit und Solidarität abhängig ist und daß der Kampf ihrer Völker ein gemeinsamer Kampf ist. Sie alle streben danach, durch die Vergrößerung ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit ihre politische Unabhängigkeit zu konsolidieren. Nur gemeinsam können sie den Imperialismus schlagen.**

Die gegenwärtige Entwicklung bestätigt diese Erkenntnis. Die internationale Lage entwickelt sich weiter zugunsten der Völker und zuungunsten des Imperialismus und der Reaktionäre. **"Die Völker der Welt marschieren mit großen Schritten voran. Die beiden Supermächte sind in ein Dilemma innerer und äußerer Schwierigkeiten geraten.** Die Entwicklung der Lage zeigt immer deutlicher, daß die Haupttendenz in der heutigen Welt Revolution ist. Staaten wollen die Unabhängigkeit, Nationen wollen die Befreiung, Völker wollen die Revolution – das ist der unwiderstehliche Lauf der Geschichte." (Aus der Rede Tschou En-lais).

Ob Asien, Lateinamerika oder Afrika, überall haben die Völker den Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung aufgenommen. Das palästinensische Volk steht im Kampf gegen die zionistische Aggression. In Kambodscha kämpft das Volk heldenhaft gegen die US-Imperialisten Marionette Lon Nol. Nicht nur auf militärischer Ebene wird dieser Kampf geführt. Der Kampf der lateinamerikanischen Völker um die Ausweitung der Seerechte, das gemeinsame Vorgehen der erdölproduzierenden Länder im Nahostkrieg zeigt, daß die Völker der Dritten Welt nicht länger gewillt sind, die Ausplünderung durch die Imperialisten hinzunehmen. Sie führen einen gerechten Kampf! Die Bodenschätze eines Landes gehören dem Volk, das es bewohnt. Das trifft die Imperialisten an ihrer schwächsten Stelle. Wissen sie doch, daß damit der von ihnen betriebenen Ausplünderung ein Ende gesetzt wäre. Die Supermächte möchten ganz im Gegenteil die Ausplünderung noch völkerrechtlich festlegen. Sie brachten in der UNO einen Vorschlag ein, der besagte, daß die Rohstoffe nicht dem Land gehören, auf dessen Boden sie liegen, sondern allen Ländern. Die Länder der Dritten Welt werden den Kampf dagegen aufnehmen.

Präsident Boumedienne sagte zum Abschluß seiner Rede: "Das wirtschaftliche Gleichgewicht der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist vorbei. Die Länder der Dritten Welt sind sich des Wertes ihres Potentiales bewußt geworden, und ihrer Fähigkeit, dieses Potential im Dienste ihrer Völker zu verwerten. Sie sind entschlossen, ihre natürlichen Ressourcen zurückzugewinnen und selbst zu erschließen..." (S.9). Als einen Schritt dahin machte Präsident Boumedienne den Vorschlag, eine Sondertagung der UNO-Vollversammlung für das "Studium der Probleme der Rohmaterialien und Entwicklung" einzuberufen. Dieser Vorschlag wird von den meisten Ländern der Welt, darunter auch von China unterstützt.
Der Besuch von Präsident Boumedienne in China ist ein bedeutender Beitrag zur gemeinsamen Sache der Dritten Welt für die Einheit und den Kampf gegen den Imperialismus, insbesondere gegen die Supermächte.

Metalltarifbewegung Unterweser:

Um den Kampferfolg gebracht!

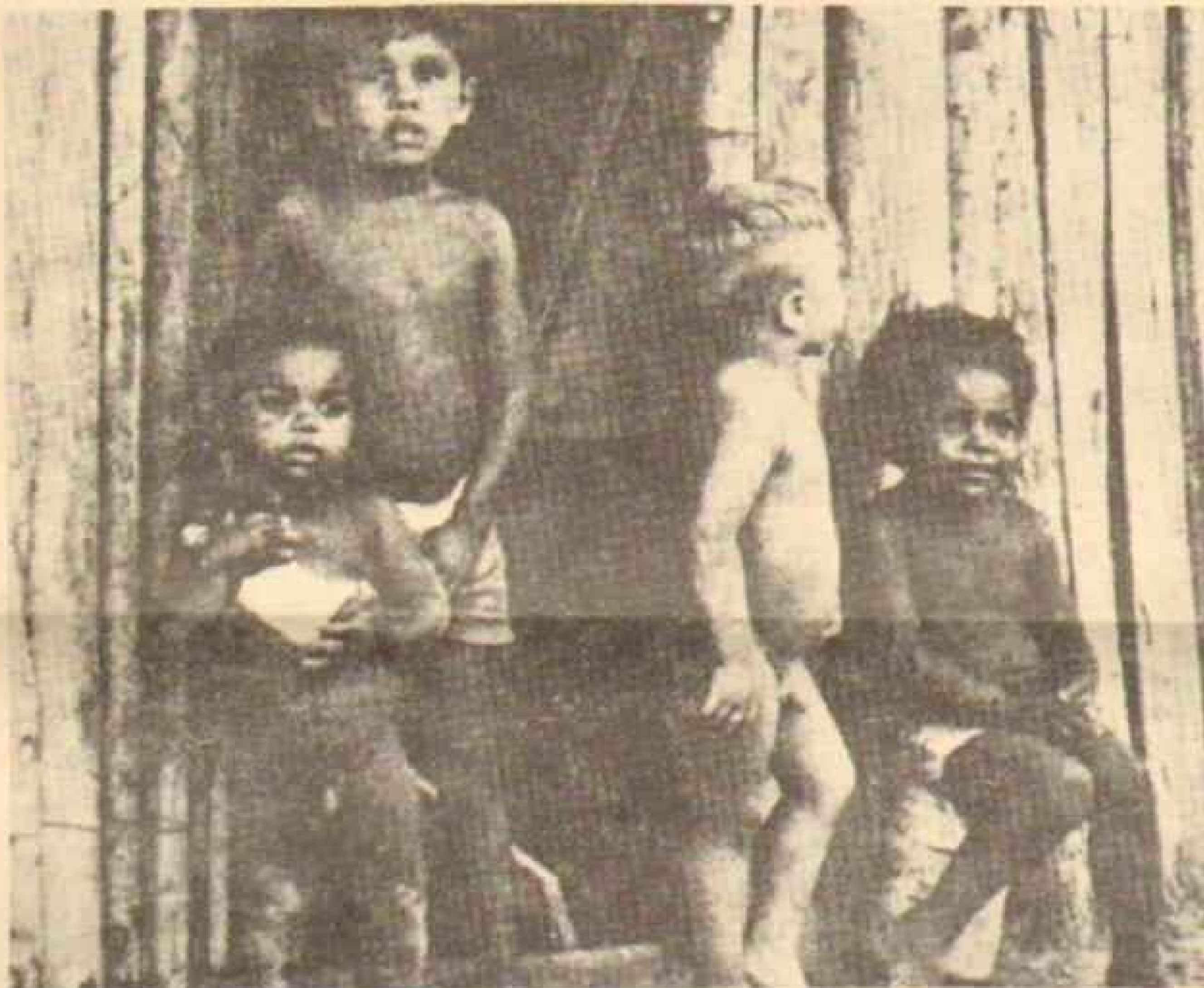
2 1/2 Wochen streikten 53.000 Metaller des Tarifbezirks Unterweser. Jetzt schlossen die IG Metall-Bonzen mit 12,25% ab. Mit diesem Abschluß haben die IG Metall-Bonzen erneut dokumentiert, daß sie im Auftrag der Kapitalisten handeln – gegen die Interessen und den erklärten Willen der Arbeiter. Noch am Tag vor dem Abschluß demonstrierten in Bremen 15 - 20.000 Metaller ihre Kampfbereitschaft.

Fortsetzung auf Seite 3

Um milde Gaben bitten? - Gegen Imperialismus kämpfen !

Die EG-Kommission hat dem Ministerrat ein sogenanntes "Nahrungshilfeprogramm für Entwicklungsländer" vorgeschlagen, das vorsieht, jährlich mindestens 1,7 Mill. t Weizen, 80.000 t Milchpulver, 45.000 t Butteröl und 10.000 t Zucker an „bedürftige Entwicklungsländer" zu verschenken. Diese Geschenke aber, die der Fratze des Imperialismus menschliche Züge zu verleihen scheinen, verfolgen bei weitem nicht den Zweck, das Los der Völker der 3. Welt zu wandeln.

Alljährlich wurden in der EG tausende Tonnen Butter, Milchpulver, Weizen und auch Zucker gehortet, um sie schließlich für den menschlichen Genuß unbrauchbar zu machen. Zweck der Sache ist es, durch Verknappung auf dem Markt die Preise für Grundnahrungsmittel hochzuhalten. Während die Preise für Grundnahrungsmittel derart steigen, daß Hunderttausende Familien in der EG nicht wissen, wovon sie die tägliche Milch für ihre Kinder bezahlen sollen, Butter in vielen Arbeiterhaushalten zum "Sonntagsaufstrich" geworden ist, wachsen in Brüssel die Butter- und Milchpulverberge immer höher. Die Empörung unter der Bevölkerung darüber ist groß.



Das Ergebnis imperialistischer Entwicklungshilfe

Der jetzige Plan der EG-Kommission soll dieser Verknappung einen humanen Anstrich geben: Wurden bisher Lebensmittel zum Großteil vernichtet, um die Preise zu halten, so sollen diese jetzt an Länder der 3. Welt verschenkt werden.

Wenn dadurch einige hunderttausend Menschen vielleicht vor dem Hungertod bewahrt werden, so ist das gewiß nicht das vorrangige Ziel des EG-Planes. Sowenig die Imperialisten sich je um das Überleben der Völker gesorgt haben, vielmehr ganze Völker zu vernichten versuchten, sowenig machen sie auch Geschenke, ohne das Zehnfache dabei wieder herauszupressen.

Die "großzügigen Geschenke" der EG-Imperialisten sind vor allem Bestechungsgelder an die Herrschenden in den kleinen Ländern der 3. Welt, um dadurch in Konkurrenz zu anderen Imperialisten, vor allem den beiden Supermächten, günstigere Bedingungen für Kapitalexport, für tausendfache Ausbeutung dieser Länder zu erhalten. Denn der EG-Plan sieht nicht etwa vor, daß diese Nahrungsmittel kostenlos an die Völker ausgegeben werden, sondern die Regierungen dieser Länder erhalten sie, und können sie in ihrem Land verkaufen. In wessen Taschen aber diese Gelder z.B. in Indien oder Äthiopien verschwinden, ist nicht schwer zu erraten: In den Taschen der herrschenden Klasse. Die große Mehrheit aber wird weiterhin in Hunger und Elend leben und sterben müssen.

Zugleich aber bezwecken die EG-Imperialisten mit ihrer "Nahrungshilfe", sich vor aller Welt als Retter dieser Völker aufzuspielen, obwohl sie selbst gemeinsam mit den Supermächten es sind, die diese Länder durch imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung in Armut und Elend halten. Sie wollen die Auffassung verbreiten, das Los dieser Völker hänge auf Gedeih und Verderb von der Gnade oder Ungnade der Imperialisten ab. Und um zu überleben, müßten diese Völker, statt gegen den Imperialismus zu kämpfen, ihn um kleine milde Gaben bitten.

Tatsache aber ist, daß der Imperialismus von diesen Ländern abhängt. Je mehr Erfolge die Völker der dritten Welt gegen den Imperialismus erkämpfen, desto schneller geht der Imperialismus seinem Untergang entgegen. Ihr Los können diese Völker nur dadurch wandeln, daß sie die ausländischen wie auch ihre Ausbeuter im Innern verjagen.

Das große sozialistische China beweist die glänzende Perspektive dieses Kampfes: Kamen vor der Revolution jährlich tausende arme Bauern und Arbeiter in Hunger und Knechtschaft um, so baut heute das Volk unter der Führung der Arbeiterklasse als sein eigener Herr eine Wirtschaft nach den Bedürfnissen des Volkes auf, eine Wirtschaft, in der heute bereits in China niemand mehr Hunger leiden muß.

Ölboykott gegen USA aufgehoben

Erpressungsmanöver können den Kampf der arabischen Völker nicht ersticken!

Die Konferenz der arabischen Erdölförderländer hat beschlossen, das Ölembargo gegen die USA aufzuheben. Der Ölboykott war während des Oktoberkrieges als Kampfmaßnahme gegen die US-Imperialisten verhängt worden, die Israel als ihre Speerspitze gegen die arabischen Länder einsetzten.

Diese Waffe traf die US-Imperialisten an einer empfindlichen Stelle. Nixon drohte den arabischen Ländern sofort mit schweren wirtschaftlichen Sanktionen. Als die arabischen Länder trotzdem am Embargo festhielten, fuhr Washington im wahrsten Sinne des Wortes schwerste Geschütze auf: **Während am persischen Golf und im Indischen Ozean US-Flotten manövrierten und ihre Geschütze richteten, drohte US-Kriegsminister Schlesinger wiederholt mit dem militärischen Überfall.** Anfang des Jahres verkündete er im Rundfunk: Die arabischen Staaten riskierten, daß man mit Gewalt gegen sie vorgehe, wenn sie ihr Ölembargo fortsetzten.

Aber auch die sowjetischen Sozialimperialisten übten Druck auf die arabischen Länder aus, damit sie das Ölembargo aufheben. **Denn die Herren im Kreml waren zutiefst erschreckt über die feste antiimperialistische Einheitsfront der arabischen Länder, die im gemeinsamen Ölembargo zum Ausdruck kam. Diese Einheit war ebenso für die sowjetischen Sozialimperialisten wie auch für die US-Imperialisten eine Kampfansage an die Vorherrschaftspläne der beiden Supermächte im Nahen Osten.**

Während beide Supermächte den arabischen Ländern mit der Peitsche drohten, lockten sie zugleich mit dem Zuckerbrot: Mit Lüge und Betrug präsentierten sie sich als "Friedensengel" der arabischen Länder, zementierten aber tatsächlich die israelische Besetzung arabischer Gebiete.

Mit dem Beschluß, den Ölboykott jetzt aufzuheben, sind die arabischen Regierungen vor dem ungeheuren Druck und der Erpressungspolitik der beiden Supermächte einen Schritt zurückgewichen. Damit hat die amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit mit ihrer konterrevolutionären Sabotage am Befreiungskampf der arabischen Völker vorübergehend einen Erfolg errungen.

Aber die arabischen Länder haben eine große Tradition im Kampf gegen ausländische Eindringlinge. Haben sie vielleicht nicht die israelische Aggression zurückgeschlagen? Haben sie nicht schon einmal sowjetische "Berater" aus dem Land geworfen? Haben sie nicht im Kampf gegen die imperialistischen Monopole amerikanische Ölförderanlagen verstaatlicht? Lybien hat erst kürzlich wieder aus Anlaß der provokatorischen "Energiekonferenz" in Washington "einen neuen Schlag in das Gesicht Amerikas" bekanntgegeben: Die Ölförderanlagen von 3 amerikanischen Ölgesellschaften wurden nationalisiert.

Die arabischen Völker werden sich auf die Dauer weder von falschen Freunden in Washington und Moskau täuschen lassen, noch durch Kriegsdrohungen der beiden Supermächte erpressen lassen. Sie werden ihren Kampf nicht eher beenden, bis ihre Heimat befreit ist.

Fortsetzung von Seite 1

AMI GO HOME!

Um gegen den Willen der westdeutschen Werktätigen ihre imperialistischen Pläne durchzusetzen, ist die westdeutsche Bourgeoisie bereit, die US-Monopole an der Ausbeutung des deutschen Volkes zu beteiligen, ist sie bereit, dem deutschen Volk Milliarden abzupressen, um damit die amerikanischen Besatzertruppen zu finanzieren.

Als 1945 die deutsche Monopolbourgeoisie am Boden lag und das deutsche Volk drohte, sie hinwegzufegen, ließ sie sich von den US-Imperialisten wieder auf die Beine helfen, um – zumindest in einem Teil Deutschlands – wieder an die Macht zu gelangen. Die Rechnung hatte das deutsche Volk mit der Ausplünderung durch die US-Monopole zu zahlen. Und auch heute läßt sie sich die US-Truppen einiges kosten, weil sie sich von den US-Imperialisten militärische Unterstützung bei der Niederschlagung der herannahenden proletarischen Revolution verspricht. Und wieder hat das werktätige Volk die Rechnung mit Milliarden, die ihm abgepreßt werden, zu zahlen.

Doch die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen werden den Kampf nur um so heftiger führen! **Denn das deutsche Volk "wünscht ein unabhängiges Deutschland, ein Deutschland, in dem keine amerikanischen und keine sowjetischen Panzer rasseln, in dem kein Dollar die Inflation treibt, in dem keine amerikanischen Konzerne und keine sowjetischen "Kooperationsverträge" die Arbeiter zusätzlich ausbeuten. Das deutsche Volk wünscht ein vereintes und friedliches Deutschland, von dessen Boden aus nie wieder Kriegsbrandstifter vom Schlage der Krupp, Thyssen, Flick und Konsorten einen imperialistischen Raubkrieg entfesseln können".** (aus der ZK-Erklärung zur nationalen Frage).

NIEDER MIT DEM US-IMPERIALISMUS
UND DEM SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS!

AUSLÄNDISCHE TRUPPEN RAUS AUS GANZ DEUTSCHLAND!

NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

Der 1. Mai ist rot. Auch in diesem Jahr ruft die Partei auf, das revolutionäre Banner des internationalen Kampftages der Arbeiterklasse hochzuhalten. Helft bei der Finanzierung der Kampagne zum diesjährigen Roten 1. Mai! Spendet unter dem Stichwort "Roter 1. Mai" auf das Konto des Roten Morgen: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 312 004 – 393.

Wir empfehlen zum Studium:
Agim Popa: Demokratie und Diktatur im Sozialismus
In: Albanien heute Nr. 5 1973.
Zeitschriften und Literatur aus den Volksrepubliken China und Albanien sind zu bestellen bei:
Gesellschaft zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
Postscheckkonto Hamburg Nr. 1935 72 – 207

Berichtigung:

In der letzten Ausgabe des ROTEN MORGEN ist uns auf der Seite 2 in dem Artikel "Von Entspannung kann keine Rede sein" ein Satzfehler unterlaufen. Der letzte Absatz dieses Artikels muß richtig heißen:

Der Frieden in Westeuropa ist nicht durch imperialistischen Schacher, sondern allein durch den Kampf der Völker Westeuropas zu erreichen.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 64 Dortmund-Hörde, Posrfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 64 Dortmund-Hörde, Postfach 526, PSchKto Dortmund Nr. 417 06 - 466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 312 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel. 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,-DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

HDW - HAMBURG

Kampf dem Stufenplan!

Am 1. Februar wurden bei HDW 75 neue Lehrlinge eingestellt, davon 13 als "Teilezurichter". Ein völlig neuer Ausbildungsberuf. Die Lehrzeit soll nur 2 Jahre betragen. Das Arbeitsamt hatte den 13 Kollegen vorgegaukelt, es handele sich um einen "Zukunftsberuf" mit "guten Aufstiegschancen". In Wirklichkeit ist diese sogenannte Ausbildung völlig auf HDW zugeschnitten, die Kollegen werden nach der "Lehrzeit" als "bessere Hilfsarbeiter" mit einem entsprechend niedrigen Lohn beschäftigt werden.

Hinter diesem neuen "Lehrberuf" verbirgt sich in Wirklichkeit die Absicht der HDW-Bosse, in der Lehrlingsausbildung Schritt für Schritt den im Berufsbildungsgesetz von 1969 gesetzlich eingeführten Stufenplan in der Praxis durchzusetzen. Der Stufenplan ist ein Mittel der Kapitalisten zur verschärften Ausbeutung, Unterdrückung und Spaltung der Lehrlinge. Darüber hinaus wollen die Kapitalisten mit der Durchsetzung des Stufenplanes die Ausbeutung der gesamten Arbeiterklasse verschärfen, indem der Anteil der Facharbeiter, die im Vergleich zu den Hilfsarbeitern und den Angelernten höhere Löhne haben, verringert werden soll. Nach dem Stufenplan soll nicht mehr jeder Lehrling die volle Lehrzeit zum gewählten Ausbildungsberuf durchlaufen, sondern nach jedem Lehrjahr soll eine Prüfung entscheiden, ob der Lehrling die Ausbildung fortsetzen darf. Nach einem von Krupp bereits 1966 durchgeführten Stufenplan sollen nur noch 20% der Lehrlinge zum Facharbeiter ausgebildet werden. Es ist klar, daß die Kapitalisten die Prüfungen immer so deichseln werden, daß die Masse der Lehrlinge nach dem 1. oder 2. Lehrjahr zu niedrigem Lohn voll in die Produktion müssen. Für die Ausbildung selbst haben die Kapitalisten ein weiteres Druckmittel zur Disziplinierung der Lehrlinge in der Hand: Wer nicht pariert, kommt auch nicht ins nächste Lehrjahr !

So heißt es auch in den Vereinbarungen bei HDW, daß die Kollegen nach zwei Jahren entscheiden könnten, ob sie Teilezurichter werden oder weiterlernen wollen. Gegen die Stimmen der Jugendvertretung hat der Betriebsrat der Einführung des "Ausbildungsberufs Teilezurichter" zugestimmt: "Es gibt immer etwas Dümmere - deshalb ist Teilezurichter etwas Gutes!" Gegen diesen Betrug beginnt sich der Widerstand der Lehrlinge zu formieren. 13 Teilezurichter und einige Schiffsbauer und Maschinenschlosser aus dem 1.Lehrjahr sind mit einem Jugendvertreter zur Ausbildungsleitung marschiert. Die HDW-Bosse versuchen die Lehrlinge einzuschüchtern.

Am 14.3. wurde einem Lehrling, einem Sympathisanten der Roten Garde, gekündigt. Offizielle Begründung der Ausbildungsleitung: "unentschuldigtes Fehlen und Zuspätkommen". Aber den Lehrlingen ist klar, daß dieser Kollege gefeuert worden ist, weil er sich konsequent für die Interessen der Kollegen eingesetzt und besonders den Widerstand unter den Teilezurichtern vorangetrieben hat. Inzwischen hat die Ausbildungsleitung diese Einschüchterungstaktik fortgesetzt; alle Teilezurichter wurden verwarnt, gegen einzelne besonders fortschrittliche Kollegen wurden Kündigungsdrohungen ausgesprochen.

Der Hamburger neorevisionistische Zirkel "Kommunistischer" Bund versucht Resignation und Spaltung in die Lehrlinge zu tragen. So versucht er den Kampf der Lehrlinge abzuwiegeln, indem er die Lehrlinge auf Bettelbriefe an Ausbildungs- und Geschäftsleitung festnageln will. In der gewerkschaftlichen Jugendgruppe "Stintfang" will er Kollegen zwingen, sich von Flugblättern der Roten Garde zu distanzieren, sonst würde er keine weiteren Möglichkeiten einer sinnvollen Zusammenarbeit sehen." Das ist genau die Reverse-Politik des DGB-Apparats.

Die Rote Garde stellt dazu selbstkritisch fest, daß sie den "K"B nicht entschieden genug bekämpft, die korrekte Linie der Partei nicht genügend in die Massen getragen hat. Die Genossen berichten aber, daß immer mehr Kollegen die opportunistische Politik des 'K'B erkennen und zur Roten Garde tendieren. Die RG gewinnt immer mehr Vertrauen.

FORD - KÖLN:

Bonzen-Hick-Hack wird die Kollegen nicht täuschen

Die Frankfurter IG Metall-Zentrale hat die bisherige Kölner Ortsverwaltung aufgelöst und die Ortsverwaltung vorerst in eigener Regie übernommen. Die offizielle Begründung, warum die bisherige Ortsverwaltung mit Günter Tolusch als Geschäftsführer und 1. Bevollmächtigten an der Spitze auf eigenem Antrag aus dem Verkehr gezogen wurde lautet, die bisherige Ortsverwaltung habe ihre satzungsmäßige Pflicht nicht mehr erfüllt. In Wirklichkeit muß das Hick-Hack der Bonzen vor dem Hintergrund der Ausschlußverfahren gegen 16 Kollegen gesehen werden, denen die Bonzen ihren aktiven Einsatz beim Ford-Streik im letzten Herbst vorwerfen.



Fordstreik im August

Diese Ausschlußverfahren, die von Kuckelkorn, einem Bonzen der Ford-Vertrauensleutekörperleitung initiiert worden sind, stoßen auf den Widerstand der Kollegen. So hat ein Kollege auf der letzten Betriebsversammlung bei Ford zum Kampf gegen den Ausschlußterror aufgerufen. Keiner der anwesenden Bonzen hat es gewagt, vor den tausenden von Kollegen die Ausschlußverfahren zu verteidigen. Der sich "links" und "fortschrittlich" gebärdende Tolusch wollte die Ausschlußverfahren gegen den Widerstand der Kollegen nicht durchpeitschen, um sich als "linker" Vertreter des Apparats nicht völlig zu entlarven. Darum sind die Frankfurter Bonzen mit dem Auftrag angereist, die Ausschlußverfahren durchzuziehen. Anschließend kann Tolusch durchaus wieder in seinem Sessel Platz nehmen, um die Empörung der Kollegen aufzufangen.

Die Empörung der Kollegen über den Ausschlußterror ist groß, aber die Herstellung einer geschlossenen Kampffront gegen die drohenden Ausschlüsse wird vor allem durch die Vertreter der Gruppe Rote Fahne sabotiert, deren oberstes Ziel offensichtlich die Spaltung dieser Bewegung ist. So versucht die GRF den vom Ausschluß bedrohten Kollegen, die mit unserer Partei sympathisieren, zu verbieten, neben den gemeinsamen Erklärungen der vom Ausschluß bedrohten Kollegen auch ihre Meinung als Kommunisten klar und offen zu vertreten.

Bei ihren Versuchen, die Front gegen die Ausschlüsse zu spalten, scheuen die GRF-Vertreter vor keiner Verleumdung und keiner Provokation zurück. So sollten die Genossen unserer Partei zum Beispiel eine Erklärung unterschreiben, daß sie auf gemeinsamen Veranstaltungen der vom Ausschluß bedrohten Kollegen keine gewaltsamen Auseinandersetzungen beginnen würden. Solche Provokationen werden nur von Leuten unternommen, denen die Stärkung der Kampffront nichts, ihre Sabotage aber alles bedeutet.

Die Fordkapitalisten und der Staatsapparat versuchen, die Kollegen einzuschüchtern. Einem Kollegen, der auf der letzten Betriebsversammlung geredet und u.a. zum Kampf gegen die Ausschlüsse aufgerufen hat, wurde ein schriftlicher Verweis angedroht. Kollegen wurde zu verbieten versucht, mit diesem Kollegen zu sprechen. Die Klassenjustiz schickte 3 Kollegen Strafbefehle u.a. wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung usw. Trotz der relativ schweren Anklage lauten die Strafbefehle nur auf eine relativ geringe Geldstrafe. Offensichtlich will die Klassenjustiz den Polizeieinsatz nachträglich juristisch legitimieren, eine öffentliche Gerichtsverhandlung aber nach Möglichkeit vermeiden. Die Angst steckt den Fordkapitalisten und dem Staatsapparat in den Knochen.



Arbeiterkorrespondenz

STREIK BEI HAGENUK

Bei Hagenuk/Kiel ist am 13.3.1974 in der Stanze gestreikt worden, weil der Direktor Pappwände, die die Frauen zum Schutz gegen den ständigen Zug dort aufgebaut hatten, wegnehmen ließ, Seit ca. zwei Jahren sind den Frauen dort "schöne" neue Wände versprochen worden. Weil sie aber nicht gebaut wurden und die Frauen durch den Zug nachweislich an Grippe usw. erkrankten, bauten sie selber Wände aus Pappe auf. Die Geschäftsleitung sah sie anderthalb Jahre nicht - aber Anfang März waren sie dem Direktor plötzlich nicht mehr schön genug.

Sowie die Wände weg waren, legten alle Kolleginnen einhellig die Arbeit nieder. Sie sagten:" Wenn wir uns das gefallen lassen, können die alles mit uns machen." Der Streik dauerte wohl 45-60 Minuten. Dann kamen die entsprechenden Direktoren, die praktisch erst aus dem Bett geklingelt wurden. Direktor Wiese erklärte, die "häßlichen" Wände müßten weg, die "schöneren" kämen in den nächsten Wochen. Daß dann alles krank im Bett liegt, war den Herren völlig egal. Alle Kolleginnen sagten, daß sie keine Lust hätten sich krank machen zu lassen. Sie würden nicht 6, nicht 3 Wochen und auch nicht bis zum Sonnabend warten (an diesem Tag wollte Wiese "beschleunigt" einen Termin für den Aufbau der neuen Wände nennen). Die Wände sollten sofort aufgebaut werden. Solange würde nicht gearbeitet. Schließlich erklärten Wiese und Co., mittags käme der Bescheid und erreichten so, daß erst mal bis 12.oo Uhr gearbeitet wurde.

Das Ergebnis der Beratungen überbrachte die Betriebsrätin: die Pappwände sollten nicht wieder aufgebaut werden. Da die Mittagspause gerade zu Ende war, wurde beschlossen, weiter zu streiken und verlangt, daß der Direktor in die Halle käme. Die Frauen waren sehr empört, weil er gesagt hatte, es sei alles Einbildung, daß die Pappwände den Zug abhielten, der käme gar nicht daher, wo sie dächten usw. Erst war der Direktor angeblich verhindert; als dann trotz der Aufforderungen von Meister und Betriebsrätin, an die Arbeit zu gehen, die Frauen hart blieben, war er 10 Minuten später da. Die Frauen sagten ihm dann empört, daß er auf Kosten ihrer Gesundheit seine "Verschönerungsmaßnahmen" treffe. Niemand habe ja etwas gegen bessere Wände, im Gegenteil, auf die warte man seit Jahren, Das Ergebnis von allem war, daß, wenn auch nicht überall, so doch an den kritischen Punkten Wände aufgestellt werden sollten. Das, obwohl er bis zum Schluß leugnete, daß der Zug da sei, wo die Arbeiterinnen ihn festgestellt haben.

Die Frauen waren mit diesem Ergebnis zufrieden und gingen wieder an die Arbeit. Das Ganze war für uns aber trotzdem ein großer Erfolg, weil "Wir denen da oben mal gezeigt haben, daß sie mit uns nicht alles machen können." Alle Kolleginnen hatten entschlossen den Kampf gegen diesen Angriff der Geschäftleitung aufgenommen und sie haben gesehen, daß sie dann auch was erreichen. Das hat sie alle sehr aufgemuntert. Für die Kolleginnen ging es bei diesem Kampf gar nicht nur um die Wände. Die Frauen spürten daß sie sich gegen den ohrenbetäubenden Lärm in der Halle, gegen Akkordschinderei, gegen die zunehmende Ausbeutung und Unterdrückung in einem System zur Wehr setzen mußten, in dem ein Menschenleben einen Dreck für die Kapitalisten wert ist, denen es allein um den Profit geht, wie die Herren ja klar machten.

FÜR PROFIT ÜBER LEICHEN

Seit Jahren wird in der Wickelei der Großmaschinenfabrik der AEG in Westberlin in drei Schichten gearbeitet. Ergebnis: von 25 Kollegen haben 10 Kreislauf-, Magen- und Darmleiden. Ihnen hat der Arzt die mörderische Nachtschicht verboten. Der 3-Schicht-Betrieb wird allein von der Profitgier der AEG-Bosse diktiert, denn vom Produktionsablauf her ist sie nicht notwendig. Für 1973 hat AEG die Dividende um sage und schreibe 100% erhöht. In ihrem Streben nach Höchstprofiten gehen diese Herren über Leichen: die Lebenserwartung von Arbeitern in 3-Schicht-Betrieben liegt mit 63 Jahren 5 Jahre unter der durchschnittlichen Lebenserwartung.

Fortsetzung von Seite 1

Metalltarifbewegung Unterweser..

Zwar schlugen die IGM-Bonzen auf der Kundgebung noch "radikale" Töne an, aber die sattsam bekannten Phrasen von der "wirtschaftlichen Vernunft" machten klar, wie der Hase laufen sollte. Daran konnte es allerdings während des gesamten Streiks keinen Zweifel geben. Während des gesamten Streiks ließen die IG Metall-Bonzen nichts unversucht, um den Kampf zu sabotieren. Über 2.000 Notdienstausweise wurden von ihnen ausgestellt. Damit wurden praktisch fast 4% der Metaller in Unterweser (und nicht fast 40%, wie im RM Nr.11 versehentlich gesetzt wurde) von den Bonzen während des Streiks an die Arbeit geschickt. Auch sonst versuchten die Bonzen nach Leibeskräften, dem Streikbruch freie Bahn zu verschaffen: sie versuchten die Eintragung klassenkämpferischer Kollegen in die Streikpostenlisten zu verhindern, ihre Anweisungen sollten die Streikposten zur Tatenlosigkeit gegenüber Streikbrechern und zur Zusammenarbeit mit der Polizei zur "Aufrechterhlatung der Ordnung" zwingen. Die Metallkapitalisten ließen Autos in Streikpostenketten fahren und versuchten reihenweise Kollegen – besonders unter den Angestellten – zu erpressen, um sie zu Streikbrecherdiensten zu zwingen.

Bereits während des Streiks war die Empörung unter den Kollegen über den IG-Metall-Apparat groß. Starken Widerstand unter den Kollegen gab es auch gegen das Eintreten der IGM-Bonzen in die besondere Schlichtung. So sprach sich der Vertrauensleutekörper der Bremer Vulkan-Werft gegen die besondere Schlichtung aus. Die Kollegen sahen, daß die IGM-Bonzen sie um den Kampferfolg bringen wollten. Nachdem die Metall-Kapitalisten den 1. Schlichtungsspruch von 14% abgelehnt hatten, war bei den IGM-Führern von den ursprünglich geforderten 18% keine Rede mehr. Sie steuerten auf einen Abschluß zwischen 11%, die die Kapitalisten praktisch bereits angeboten hatten, und 14% hin.

Warum haben die IG-Metall-Bonzen zum Streik aufgerufen? Einerseits wollten sie natürlich wenigstens in einem Tarifgebiet ihren Ruf als "Kampforganisation" aufpolieren. Zum anderen wollten sie ihre reaktionäre These, daß die Tarifbewegung nicht einheitlich für das gesamte Bundesgebiet und Westberlin geführt werden dürfe, sondern daß es im Interesse der Arbeiterklasse läge, die Bewegung in die einzelnen Bezirke aufzuspalten, dadurch "untermauern", daß in einem Tarifgebiet etwas höher abgeschlossen wird. So versuchen sie dem Drängen der Kollegen nach einheitlichen, geschlossenen Kampfaktionen zu begegnen und ihre Spaltertätigkeit vor den Kollegen zu tarnen.

Vor allem erzwang die Kampfentschlossenheit der Kollegen den Streik. Sie machte es den Kapitalisten und dem IG-Metall-Apparat unmöglich, den Kuhhandel im Blitztempo über die Bühne zu ziehen. Daß die Kollegen den Streik fast drei Wochen gegen Kapitalisten und IG-Metall-Apparat verteidigten, dokumentiert ihre gewachsene Kampfkraft. Auch die Bremer Metaller werden den Tarifschwindel nicht unbeantwortet lassen. Der Tariffrieden wird gebrochen werden. Und immer mehr Kollegen werden erkennen, daß der DGB-Apparat als Instrument der Kapitalisten schonungslos bekämpft werden muß, daß der revolutionäre ~~Zusammenschluß~~ zur Revolutionären Gewerkschaftsopposition absolut notwendig ist.

Revisionistisches

AUSBEUTUNG IN DER SOWJETUNION

Liest man die Berichte über das Leben der Arbeiter in den Betrieben der Sowjetunion oder der DDR in der "UZ", der Zeitung der D'K'P, erfährt man von ständig besser werdenden Arbeitsbedingungen, von den Chancen der Jugend in einem sozialistischen Land, von der Gleichberechtigung der Frau. Daß allerdings die Wirklichkeit anders aussieht, muß sogar die sowjetische Presse ab und zu zugeben;

So schreibt die Zeitung "Iswestja", daß im Lok-Werk bei Worschillowgrad Arbeiter unnötig schwerste körperliche Arbeit leisten müssen, weil die Maschinen veraltet sind. Dazu müssen die Arbeiter bei großer Hitze, bei Gasausdünstungen und ungenügender Beleuchtung arbeiten. 70% der jugendlichen Arbeiter erklärten bei einer Umfrage, daß sie mit den hygienisch-sanitären Verhältnissen unzufrieden sind.

Wie in den kapitalistischen Ländern auch, macht die Profitgier der neuen Bourgeoisie vor Kindern und Jugendlichen nicht halt. Kinder im 15. Lebensjahr müssen Nachtarbeit leisten und an Feiertagen arbeiten.

Die Zeitung "Trud" schrieb am 24. November 73 von Fällen, wo schwangere Frauen entlassen wurden. Schwangere werden außerdem bei schweren körperlichen Arbeiten eingesetzt. So wurde in einer Fabrik in Emadshelinsk, im Gebiet Tscheljabinsk, eine schwangere Frau gezwungen, 44 Nächte hintereinander in Nachtschicht zu arbeiten.

Durch diese brutale Ausbeutung der Arbeiter steigen die Unfallzahlen ständig. Der Akademiker Riabushkin gab zu, daß diese steigenden Arbeitsunfälle mit dazu beitragen, daß die Lebenserwartung der russichen Werktätigen sinkt. Die korrupten Arbeitsdirektoren sind natürlich bemüht, diese Unfallziffern zu verheimlichen. So gab die Zeitung "Trud" vom 19. 12. 73 zu, daß in 29 Betrieben der Stadt Kiew 34% der Arbeitsunfälle durch die Betriebsverwaltungen vertuscht werden.

Wie in den kapitalistischen Ländern auch, häufen sich die Klagen der russischen Arbeiter gegen die Werksleitungen bei den Arbeitsgerichten. Die Sowjetpresse gibt zu, daß sich solche Klagen bei den Gerichten stapeln. Selten allerdings hört man davon, daß ein Arbeiter Recht bekommt. Denn mit der Machtergreifung der neuen Bourgeoisie sind auch die Gesetze und die Gerichte keine Organe der Arbeiterklasse mehr, sondern Unterdrückungsinstrumente der neuen Zaren im Kreml. Die russischen Arbeiter und die anderen werktätigen Schichten können ihre Rechte deshalb nicht über Klagen in der Presse und vor den Gerichten durchsetzen, sondern nur auf dem Weg der Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats.

"ES GIBT DOCH DA DIE D'K'P"

Korrespondenz. In dem bürgerlichen Schmierblatt "Stern" stand vor kurzem ein Artikel über "kommunistische" Soldatenzeitungen. Unter anderen wurde das D'K'P-Blatt "Rührt euch" als kommunistische Soldatenzeitung gepriesen.

Was aber tatsächlich vom antimilitaristischen Kampf der D'K'P zu halten ist, führte mir einmal der Bundeswehrgeheimdienst (MAD) vor. Kurz vor meiner Einberufung hatte ich vor einer Kaserne das Flugblatt der KPD/ML "Im Ernstfall: Dreht die Gewehre um!" verteilt. Die Polizei war da und notierte meine Personalien. Kurz darauf erhielt ich Besuch von zwei Herren in Zivil vom MAD. Daß sie Informationen wollten, ist klar. Genauso klar ist, daß sie keine bekamen. Jedenfalls lamentierten sie lang über die "kriminelle und staatsgefährdende, wehrzersetzende Wühlarbeit" der KPD/ML und versuchten mir eine andere Politik schmackhaft zu machen. So wörtlich: "Wenn Sie sich schon unbedingt politisch betätigen müssen, was ja ihr gutes Recht ist und auch im Grundgesetz steht, brauchen Sie das doch nicht bei den Linksextremisten. Es gibt da doch die DKP, die steht wenigstens auf dem Boden des Grundgesetzes und Sie bekommen keinen Ärger."

Die D'K'P als ungefährliche Alternative zur KPD/ML vom Geheimdienst empfohlen – das ist mehr als deutlich.

Landwirtschaft im Kapitalismus:

Steigende Lebensmittelpreise, Hunderttausende Bauern ruiniert

In Brüssel haben die EG-Agrarminister beschlossen, die Agrarpreise um durchschnittlich 8,45% anzuheben. Für die Werktätigen Westeuropas also ein erneutes Hochschnellen der Lebensmittelpreise. Aber auch für die Bauern in den EG-Ländern bedeutet das weiterhin, am Rande der Existenz zu leben und für viele sogar den Ruin. Denn kassieren werden lediglich die Monopole, die großen Lebensmittelkonzerne.

Im Agrarbericht, den Landwirtschaftsminister Ertl vor den Brüsseler Verhandlungen in Bonn abgab, wird als Ursache für die Preiserhöhung auf die Bauern verwiesen: sie seien es, die ständig höhere Preise fordern. Zwischen Arbeitern und Bauern soll eine tiefe Kluft geschaffen werden, die verhindert, daß sie sich zusammenschließen und den Kampf aufnehmen gegen den gemeinsamen Feind: die westdeutschen Imperialisten.

Wem dient denn der EG-Agrarmarkt? Er ist nichts anderes als der gesamte Gemeinsame Markt der EG: Tummelplatz der westeuropäischen Imperialisten, die auf dem gesamten Gebiet der Wirtschaft miteinander ringen, auf der Jagd nach Maximalprofiten. Und so verhandeln die Agrarminister in Brüssel nicht etwa als Vertreter der Bauern, sondern als Verterter ihrer eigenen Bourgeoisie, ihrer Monopole Für die Bauern der EG aber bedeutet diese Jagd der Monopole nach Maximalprofiten ständige Erhöhung der Auspressung, ständige Verschärfung des Preisdiktates.

Immer größer wird der Druck, den die großen Lebensmittelkonzerne auf die Bauern ausüben. Das Eindringen der Monopole in die Landwirtschaft zwingt die Bauern dazu, in immer kürzerer Zeit mehr und billiger zu produzieren. Große Mastfarmen für Schweine, Rinder und Hühner der Großindustrie diktieren den Bauern nicht nur die Preise auf, sondern zwingen den Klein- und Mittelbauern zur Rationalisierung, zur Anschaffung großer Maschinen sowie zur Spezialisierung. Beides aber treibt ihn in die Arme der Monopole, denn sowohl der Aufbau eines Maschinenparks als auch die Spezialisierung sind oft nur zu erreichen durch Verträge mit Großkonzernen, in denen er sich verdingen muß, praktisch ihr bezahlter Lohnarbeiter wird. Zugleich fallen Chemie-Konzerne (Düngemittelindustrie, Futtermittelindustrie) sowie die Maschinenbau-Konzerne über ihn her und verlangen immer höhere Preise. Und so bleibt vielen Bauern nur noch der direkte Weg zur Bank: Kredite, Hypotheken läuten die letzte Runde im Kampf um seine Existenz ein. Zins und Zinseszins saugen ihn bis zum letzten aus, dem völligen wirtschaftlichen Ruin.

Allein seit 1971 haben mehr als 82.000 Bauernfamilien ihren Hof verlassen müssen (seit 1949: 788.000!). 184.000 Bauern sind gezwungen, außerhalb ihrer Landwirtschaft noch hinzuzuverdienen (z.B. durch Saisonarbeit im Winter). Über 510.000 Bauern können ihren Hof nur noch als Nebenerwerb betreiben: tagsüber 8 Stunden in der Fabrik am Band – und dann bis in die Nacht hinein Land und Vieh versorgen. Das ist das Los der überwiegenden Mehrheit der Bauern.



Ein Hof unterm Hammer

Der Bauernverband aber, der den Bauern immer wieder vormacht, er vertrete ihre Interessen, unterstützt nachhaltig die Rangelei der Monopole, die in Brüssel auf dem Rücken der Bauern der EG ausgefochten wird. Mehr noch: Offen ruft er die westdeutschen Bauern auf, für höhere Preise in Brüssel zu kämpfen, um sie vor den Karren der westdeutschen Monopole bei ihrer Jagd nach Maximalprofiten zu spannen. Bauernverbandspräsident Constantin Freiherr Heeremann von Zuydtwyck hat sich noch niemals für das Los der überwiegenden Mehrheit der Bauern eingesetzt, er spricht achselzuckend von einem "Strukturwandel, der seit 20 Jahren erbarmungslos über uns rollt." Damit unterscheidet er sich in nichts von der Bonner Regierung, die unter dem zynischen Titel "Gesundschrumpfung der Landwirtschaft" die Ruinierung der kleinen und mittleren Bauern vorantreibt.

Die Versuche der Bourgeoisie, die Bauern in den Augen der übrigen Werktätigen für die steigenden Lebensmittelpreise verantwortlich zu machen, die Versuche, eine Kluft zwischen Arbeitern und Bauern zu schaffen, müssen notwendig scheitern. Die Bourgeoisie selbst ist es, die die Bauern immer mehr ins Lager des Proletariats treibt. Die wachsenden Kämpfe der Bauern werden sie selbst immer klarer erkennen lassen, daß ihr Feind kein anderer als der des Proletariats ist: der westdeutsche Imperialismus, und daß der Kampf gegen diesen Feind gemeinsam geführt werden muß.

Landwirtschaft im sozialistischen Albanien:

Arbeiter und Bauern Hand in Hand beim Aufbau des Sozialismus

Welchen Ausweg gibt es für die werktätigen Bauern? Mit der immer offensichtlicher werdenden Ruinierung der werktätigen Bauern durch das kapitalistische System wächst das Interesse am Sozialismus. So fragte vor einiger Zeit ein deutscher Hörer von Radio Tirana nach der Entwicklung der Landwirtschaft in den Jahren des sozialistischen Aufbaus. Hier die Antwort der albanischen Genossen:

"Die Landwirtschaft ist einer der wichtigsten Zweige der Nationalwirtschaft Albaniens. Zur Zeit des feudalbürgerlichen Regimes war auch die Landwirtschaft in Albanien, wie alle anderen Wirtschaftszweige sehr primitiv. Der Großteil der Bauernfamilien besaß nur sehr wenig oder überhaupt kein Land. Es fehlten moderne mechanische Mittel, Landmaschinen, Kunstdüngemittel und Auslesesaatgut. Große Landflächen waren von Sümpfen bedeckt. Nur für 10% des Ackerlandes waren Bewässerungsanlagen vorhanden. Dieser Rückstand spiegelte sich im Leben der Dorfbewohner wider. Ihre ständigen Lebensgefährten waren Armut, Not, Hunger, Krankheiten und Unwissenheit.

Mit der Befreiung Albaniens und der Errichtung der Volksmacht am 29. 11. 1944 gingen auch im albanischen Dorf tiefgreifende sozial-ökonomische Umgestaltungen vor sich. Die junge Volksmacht, die nach dem Triumph der Volksrevolution unter Führung der heutigen Partei der Arbeit errichtet wurde, stützte sich auf das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft.

Die Bauernschaft wurde vor allen Dingen von den schweren Steuern und Abgaben erlöst. Die Bauernschaft wurde zu einer Klasse, die mitregiert und Herr über ihr eigenes Schicksal ist.

Gleich nach der Befreiung organisierte die PAA die Bodenreform. Die Ausbeuter wurden entschädigungslos enteignet. Das Land wurde kostenlos an die werktätigen Bauern verteilt nach dem Prinzip: "Der Boden gehört dem, der ihn bebaut". Doch allein mit der Bodenreform konnte die Bauernschaft nicht den Weg zum Sozialismus einschlagen. Die PAA gab deshalb die Richtlinien zur gemeinsamen Nutzung des gewonnenen Landes, zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft heraus. Die Partei der Arbeit hielt dabei strikt am Leninschen Prinzip fest, daß sich die Bauern freiwillig zu landwirtschaftlichen Genossenschaften zusammenschließen sollen.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde in Albanien im Flachland schon 1960 abgeschlossen und im Bergland 1967. Diese Kollektivierung der Landwirtschaft war die radikalste revolutionäre Umwälzung der sozialökonomischen Verhältnisse im albanischen Dorf. Sie schuf die günstigen Bedingungen für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und die allseitige Entwicklung des Dorfes auf dem Weg zum Sozialismus. Die Kulaken (reiche Bauern) als Klasse wurden beseitigt, das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft wurde gefestigt. Die Volksmacht sicherte die wirtschaftliche Basis auch auf dem Lande. Das Wesen der werktätigen Bauernschaft änderte sich: aus dem Einzelbauern wurde die genossenschaftliche Bauernschaft.

Die sozialistischen Umgestaltungen im albanischen Dorf schufen sehr günstige Bedingungen für die planmäßige Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion auf der Basis einer fortgeschrittenen Feldbautechnik. Der Staat erteilte der Bauernschaft eine allseitige organisierte Hilfe auch für die Erhöhung ihres materiellen und kulturellen Niveaus.

So hat sich jetzt im Vergleich zur Zeit vor der Befreiung die Agrarproduktion mehr als verdreifacht. Im Vergleich zu 1960 stieg sie auf das 2,1-fache an. Für je 50 ha Anbaufläche steht heute ein 15 PS Traktor im Einsatz. Was den Mechanisierungsstand, die verwendete Menge von Kunstdünger betrifft, läßt Albanien mehrere kapitalistische und revisionistische Länder weit hinter sich.

Mit der Errichtung des gesellschaftlichen Eigentums, der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Land, entstanden neue Bedingungen für die Verwurzelung der sozialistischen Ideologie, der kommunistischen Moral. Die Vorrangigkeit des gemeinschaftlichen Interesses gegenüber dem persönlichen, die kameradschaftliche gegenseitige Hilfe, die revolutionären Initiativen und Bewegungen, um die Erfolge beim sozialistischen Aufbau auch in den entlegenen Gebirgsgegenden zu steigern – das sind die Kennzeichen des Lebens der albanischen Bauern. Im gemeinsamen Eigentum sehen sie die Quelle ihres Wohlstandes.

Die Entwicklung der Landwirtschaft und die Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in Albanien bestätigen die allgemeine Gültigkeit der Lehren des Marxismus-Leninismus, wonach der einzige Weg zum Aufbau des Sozialismus auf dem Land in Ländern mit zersplitterten Bauernwirtschaften die Kollektivierung der Landwirtschaft ist. Jeder andere Weg, außerhalb der Kollektivierung führt nur zur Entwicklung bzw. Wiederherstellung des Kapitalismus auf dem Lande, wie es in den revisionistischen Ländern der Fall ist."

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

DIE PORTUGIESISCHEN FASCHISTEN WERDEN UNTERLIEGEN!

Der unüberwindliche Freiheitskampf in Angola und Mocambique, der Sieg Guinea-Bissaos über die ehemaligen portugiesischen Kolonialherren, die wachsende Unterstützung dieser Kämpfe überall in der Welt, vor allem durch das portugiesische Volk selbst, haben die Faschisten in Lissabon in eine schwere innere Krise gestürzt. Seit Anfang März revoltieren Teile der Armee. Dieser Machtkampf innerhalb der portugiesischen Bourgeoisie schafft günstige Bedingungen für den gerechten Kampf der Völker in Afrika, aber auch für den Freiheitskampf des portugiesischen Volkes. Er ist ein Zeichen für die wachsende Zerrüttung des portugiesischen Faschismus.

Daß ihre Kolonialherrschaft in Afrika vor dem endgültigen Untergang steht, das weiß niemand besser als die portugiesischen Faschisten selbst. Ende letzten Jahres erklärte Guinea-Bissao seine Unabhängigkeit. Mehr als 70 Länder haben diesen freien Staat inzwischen anerkannt, in der UNO wurde er als Beobachter zugelassen. In Angola und Mocambique weitet sich der Kampf täglich aus, weite Landteile wurden unter Führung der FRELIMO bereits befreit. **Zur verzweifelten Lage der portugiesischen Besatzer heißt es u.a. in geheimen Lageberichten des Oberkommandos: "Dem Untergrundnetz Mocimboia da Praia gehört nicht nur die breite Bevölkerung an, die geschlossen auf der Seite des Feindes steht, sondern auch die überwältigende Mehrheit der schwarzen Beamten. Es wird noch einmal auf den Ernst dieser Situation aufmerksam gemacht, in der Wehrdörfer sich praktisch in materielle und ideologische Stützpunkte für den Feind verwandeln... Elemente der GE (afrikanische Sondereinheiten Portugals) melden sich bei Kampfeinsätzen krank, um ... dem Feind einen Hinweis auf die Anwesenheit unserer Truppen zu geben... Autobusschaffner des öffentlichen Linienverkehrs kassieren zwar das Fahrgeld, geben aber keine Fahrscheine aus. Wir müssen annehmen, daß die einbehaltenen Beträge für die FRELIMO bestimmt sind..." (Zitiert nach "Der Spiegel")'**

Da sie nicht siegen können, wissen die portguiesischen Faschisten nur einen Ausweg: Die afrikanischen Staaten dem Erdboden gleichmachen, die Bevölkerung niedermetzeln. "Wenn man den Fisch nicht fangen kann, läßt man – wenn möglich – das Wasser ab, um ihn so zu töten. Wenn es nicht möglich ist, die Freischärler zu fangen, erfordert es die Strategie, die Bevölkerung zu töten" – das erklärte General Kaulza de Arriaga im letzten Sommer. Das Ergebnis dieser Politik konnte nicht einmal mehr die bürgerliche Presse verschweigen: Grauenhafte Massaker, in der die Bevölkerung ganzer Dörfer geschlachtet wurde.



Sieg im Volkskrieg

Dieser Terror hat nichts genützt, im Gegenteil! Der Kampf in Afrika bringt der FRELIMO täglich neue Erfolge. Die portugiesischen Besatzertruppen sind am Ende. Meutereien, Sabotageakte und Desertion nehmen zu. Die portugiesischen Kolonialherren sind völlig isoliert. Im November wurden sie aus der IMBO, einer Hilfsorganisation der UNO ausgeschlossen. In der letzten Woche forderte die UNO Portugal auf, seinen Kolonialkrieg zu beenden, andernfalls drohten mehrere Staaten mit wirtschaftschaftlichen Boykottmaßnahmen.



Sieg im Volkskrieg!

In dieser Lage sehen die Imperialisten nur einen Ausweg: "Portugal bleibt nur dann eine Chance, wenn es den ernsthaften Versuch unternimmt, mit den von ihm kolonialisierten afrikanischen Völkern eine auf Freiwilligkeit des Zusammenschlusses beruhende Staatengemeinschaft, also eine Art portugiesischer Commenwealth, zu errichten" – das ist die Analyse des bürgerlichen "Tagesspiegels". Wie "freiwillig" der Zusammenschluß der früheren britischen Kolonien im Commenwealth war, ist bekannt: Der alte, offene Kolonialismus wurde ersetzt durch den Neokolonialismus, die moderne Form imperialistischer Unterdrückung. Genau das streben Teile der portugiesischen Bourgeoisie an. "Der Krieg in Afrika ist militärisch nicht zu gewinnen", sagte General Spinola, ihr Wortführer. Daß diese Worte gerade von ihm kommen, ist kein Wunder: Ihn selbst, den ehemaligen Oberbefehlshaber portugiesischer Truppen in Guinea-Bissao, und seine mordenden Soldaten haben die Völker Afrikas zum Teufel gejagt. Wo sie es mit dem Gewehr nicht geschafft haben, versucht die portugiesische Bourgeoisie nun, im Auftrag ihrer Herren in Washington, mit einem "Staatenverband", in dem alle Kolonien fast (!) gleiche Rechte haben wie Portugal, ihre Herrschaft in Afrika aufrechterzuhalten.

Daß die afrikanischen Völker sich auf einen solchen Kuhhandel nicht einlassen werden, ist sicher. "Sieg im Volkskrieg" – das ist die Losung auch in Angola und Mocambique. Daß Portugal nicht daran denkt, aus Afrika zu verschwinden, hat Caetano erst jetzt wieder bewiesen: 10.000 neue Soldaten wurden nach Mocambique geschickt. Aber die innere Krise der portugiesischen Bourgeoisie, die Zuspitzung der Widersprüche im Lager des Feindes, können dem Befreiungskampf in Afrika nur nützlich sein. Die portugiesische Armee ist gespalten: Die Caetano-Clique, die fürchtet, gestürzt zu werden, ließ Hunderte Offiziere verhaften. Spinola und Generalstabschef Gomes wurden entlassen. Soldaten marschierten daraufhin nach Lissabon und konnten erst in letzter Minute entwaffnet werden.

Diesen Machtkampf in der portugiesischen Bourgeoisie werden die afrikanischen Völker für ihre Befreiung nützen! Der Untergang der Kolonialherrschaft Portugals ist nicht mehr aufzuhalten!

Die Caetano-Clique - ein Handlanger der Imperialisten

Aber auch in Portugal selbst steht das Caetano-Regime vor dem Zusammenbruch. Das Volk ist nicht länger bereit, die Profitgier der US-Imperialisten und ihrer einheimischen Handlanger mit Elend und Not zu bezahlen. Der Krieg in Afrika kostet jährlich 42% des gesamten portugiesischen Haushaltes! Da bleibt nicht mehr viel übrig, um auch nur die dringendsten Bedürfnisse des portugiesischen Volkes zu befriedigen! 76% Analphabeten, ein riesiges Arbeitslosenheer – mehr als 1 Million Portugiesen haben in den letzten Jahren das Land auf der Suche nach Arbeit verlassen – Armut, Hunger und eine ungeheure politische Unterdrückung – das haben die US-Imperialisten und die einheimischen Handlanger dem portugiesischen Volk gebracht. **Auch die westdeutschen Imperialisten unterstützen die Caetano-Faschisten nach Kräften: Hoechst kommandiert Portugals größte Chemiefirma; Krupp, Thyssen verdienen am Krieg in Afrika; Siemens, AEG, Voith und BBC scheffeln Profite am Bau des Cabora-Bassa-Dammes. In ihrem Auftarg haben die portugiesischen Faschisten Tausende Menschen ermordet, von ihnen werden sie bezahlt: Standard Oil zahlt die Hälfte der Kriegskosten in Afrika, die westdeutschen Imperialisten liefern Waffen, Hunderte portugiesischer Piloten wurden in der Bundesrepublik ausgebildet. Portugal ist auch Mitglied im Kriegsbündnis NATO.**

Aber alle Panzer und Kanonen haben nichts genützt. Nach Guinea-Bissao stehen auch Angola und Mocambique vor der Befreiung. Der Kampf in Protgual wächst an.

Kambodscha:

Oudong befreit

Vier Jahre ist es her, daß nach dem Putsch der US-Imperialisten gegen die rechtmäßige Regierung Sihanouk die FUNK, die Nationale Einheitsfront Kambodscha, gegründet wurde. Gewaltige Erfolge sind seither zu verzeichnen. Während Lon Nol mit Lügenmärchen über angebliche Desertionen bei den Befreiungsstreitkräften hausieren geht, und 13-jährige Kinder in den Krieg schickt, erringen die Truppen des Roten Khmer täglich neue Siege. In der letzten Woche fiel Oudong.

Oudong – das ist die ehemalige Hauptstadt Kambodschas, die Vaterstadt des Prinzen Sihanouk. Die Befreiung Oudongs, das mußten die Lon-Nol-Verbrecher selbst zugeben, bedeutet einen gewaltigen Sieg für die Volksbefreiungsstreitkräfte, eine der größten Niederlagen der US-Marionetten in Phnom Penh in den letzten Monaten. Gleichzeitig ist sie ein neuer Schritt bei der Eroberung Phnom Penhs selbst, denn die Provinzhauptstadt Oudong liegt nur 35 km westlich der Hauptstadt. Die verzweifelten Versuche Lon Nols, die Stadt zurückzuerobern, sind zum Scheitern verurteilt. 500 seiner Soldaten wurden gefangengenommen.

Auch in den übrigen Landesteilen verzeichnet das Volk große militärische Erfolge über die US-Imperialisten. Im Süden Kambodschas stehen in der Provinzhauptstadt Kampot die Truppen Lon Nols kurz vor der Niederlage. Die Einnahme Kompots würde bedeuten, daß die Truppen der Roten Khmer die gesamte Küste und den einzigen Überseehafen Kambodschas unter Kontrolle hätten, daß die Nachschubwege für Phnom Penh vollständig abgeschnitten wären. Ganze Bataillone der Lon-Nol-Truppen sind in den letzten Wochen mit der gesamten Ausrüstung zu den Volksbefreiungsstreitkräften übergelaufen.

Aus aller Welt

Frankreich: Gegen die ungeheure Inflation von 10,3%, für höhere Löhne traten in Frankreich wieder Tausende von Arbeitern in den Streik. Die Arbeiter der Elektrizitäts- und Gaswerke, die Angestellten der Air France, die Kohlewäscher in den Kohlegruben von Lothringen, die Kollegen bei Banken und Postscheckämter legten die Arbeit nieder.

OPEC-Konferenz:
Auf ihrer Tagung in Wien beschlossen die 13 OPEC-Länder (Organisation der Erdölförderländer) den gegenwärtigen Rohölpreis – entgegen den Drohungen der US-Imperialisten – nicht zu senken. Vielmehr soll im Juli erneut über Preiserhöhungen verhandelt werden, falls die Inflation in den imperialistischen Ländern weiter wächst.

Der Sprecher der OPEC wies die Drohungen der USA und anderer Imperialisten an der Rohölpreiserhöhung zurück und kritisierte die Verschwendung des Erdöls sowie die "phantastischen Profite" der internationalen Ölkonzerne. So habe z.B. BP laut Presseberichten ihre Gewinne im Vorjahr um 365% erhöht.

Chile: Bei der Beerdigung des von den chilenischen Faschistengenerälen ermordete ehemalige Innenminister der Regierung Allende, Jose Toha kam es zu einer machtvollen Demonstration gegen die Junta: Mehr als 3000 Menschen versammelten sich vor dem Friedhof, sangen die Internationale und riefen in Sprechchören: "Mörder, Faschistenbande!" Mit Polizeiknüppel wurde die Demonstration niedergeschlagen.

Hört die revolutionären Sender!

ACHTUNG! Auf vielfachen Hörerwunsch sendet Radio Tirana für die deutschen Hörer die Sendung von 21.30 bis 22.00 Uhr nun auch auf Mittelwelle 215 Meter. Damit wird nun auch das Programm, das für Westdeutschland bestimmt ist, auf Mittelwelle ausgestrahlt.

Wie bekannt, sendet Radio Tirana täglich acht mal drei verschiedene Programme.

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	32 und 41 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30	Immer: 43,7 – 42,8
21.00 - 22.00	und 26,2 Meter

ANTIKOMMUNISTISCHE HETZE DER GRUPPE ROTE FAHNE

Wer Stalin angreift, greift den Marxismus - Leninismus an!

Immer klarer tritt das antikommunistische Wesen der von den Führern der Gruppe Rote Fahne betriebenen Politik hervor. In letzter Zeit wird dies außer an den dreisten Angriffen auf die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung besonders an den wütenden Angriffen der GRF-Führer auf die Person Stalins und auf die KPdSU unter Stalins Führung deutlich, die sich kaum von der Haltung der modernen Revisionisten und der Trotzkisten in dieser Frage unterscheiden. Einen traurigen Höhepunkt dieser antikommunistischen Kampgane markiert die entsprechende Passage des von der GRF unlängst veröffentlichten Programmentwurfs.

"Wer also N. Chruschtschow und seine revisionistische Gruppe enthüllt und J.W. Stalin und sein Werk mit Nachdruck verteidigt, der verteidigt den Marxismus-Leninismus, das sozialistische Lager und die internationale kommunistische Bewegung, die Sowjetunion und die historischen Errungenschaften der Sowjetvölker, die Revolution und die Sache des Sozialismus und des Kommunismus. Das ist heute eine erstklassige Aufgabe aller Revolutionäre, aller wirklichen Marxisten-Leninisten)Zeri i Popullit, zitiert nach: Der sogenannte Kampf gegen den "Personenkult" und seine Folgen, Westberlin 1972, S. 157f). Unsere Partei hat diese Auffassung der kommunistischen Weltbewegung, wie sie hier die albanischen Genossen zum Ausdruck bringen, immer geteilt. Von Anfang an hat sie Stalin und sein Werk gegen alle Angriffe der modernen Revisionisten, kleinbürgerlicher Ideologen der Studentenbewegung, der Anarchisten und Trotzkisten entschieden verteidigt.

Die GRF-Führer dagegen sind von Anfang an in den antikommunistischen Chor des "Antistalinismus" eingefallen. Sie versuchten dabei, unter "linker' Flagge zu segeln: unter dem Deckmantel der Kritik des modernen Revisionismus stellten sie die Behauptung auf, die revisionistische Entartung der Sowjetunion und der KPdSU habe bereits unter Stalin eingesetzt und sei hauptsächlich auf Fehler Stalins zurückzuführen. So schrieben sie im Juli 1971 in ihrer "Programmatischen Erklärung": "Er... (Stalin – RM) gelangte 1936, entgegen der vorher von ihm selbst vertretenen Auffassung zu der Ansicht, daß alle Ausbeuterklassen 'verschwunden' und nur die Arbeiter, Bauern und die Intelligenz 'geblieben' seien. Damit verdunkelte er der Partei den Blick für das mögliche Wiedererstarken bürgerlicher Elemente und lenkte sie damit ab von der Notwndigekeit, auch nach den Siegen der ersten Etappe der sozialistischen Planwirtschaft den Klassenkampf weiterzuführen. So konnte es Überresten der alten Ausbeuterklasse, sowie verbürgerlichten Proletariern, deren Zahl in dem Maße zunahm, wie der Klassenkampf vernachlässigt wurde, gelingen, wichtige Positionen zu erobern und die sozialistischen Errungenschaften allmählich zu unterhöhlen."

In der Roten Fahne vom 27. August 1971 wird die KPD/ML direkt wegen ihrer konsequenten Verteidigung Stalins angegriffen: "Die KPD/ML-Roter Morgen vertritt die Auffassung, daß der moderne Revisionismus nach Stalins Tod erstmals Gestalt gewann. Stalins Führung wird als fehlerfrei gelobt. Im Roten Morgen erscheint Jan./Febr. 1970 ein Aufsatz mit der Überschrift: "Es lebe der Stalinismus." In diesem Aufsatz ist kein Versuch erkennbar, die Entstehung des modernen Revisionismus aus den besonderen Bedingungen beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion und aus folgenschweren Fehleinschätzungen Stalins über die Natur der Klassenverhältnisse unter der Diktatur über Proletariats abzuleiten."

Es ist keineswegs so verwunderlich wie es der GRF zu sein scheint, daß im Zentralorgan unserer Partei "kein Versuch erkennbar" ist, Genossen Stalin für die Entstehung des Revisionismsu verantwortlich zu machen. Zwar stimmt es, daß Genosse Stalin zu einem Zeitpunkt die von den GRF-Führern hochgespielte Fehleinschätzung vertreten hat, aber in den ganzen Jahren danach hat Genosse Stalin die Entwicklung der Klassenwidersprüche im wesentlichen korrekt eingeschätzt und es kann keine Rede davon sein, daß nach 1936 die KPdSU unter der Führung Stalins die Notwendigkeit der Fortführung des Klassenkampfes geleugnet hätte. Einen einzelnen und zeitweiligen Fehler zur Hauptsache machen – so versuchen die GRF-Führer Verwirrung zu stiften und die Grenze zwischen Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus zu verwischen.

Die Marxisten-Leninisten sehen in Stalin einen großen Führer des Weltproletariats, einen Klassiker des Marxismus-Leninismus. Für die GRF allerdings liegt die Bedeutung Stalins nur in der Notwendigkeit, seine Fehler zu vermeiden. So schreiben sie in der Roten Fahne 5/9: "Die Fehler Stalins (zu denen die Bourgeoisie die Diktatur des Proletariats insgesamt erhebt) haben die Marxisten-Leninisten aller Länder studiert mit der Absicht, sie praktisch zu vermeiden."

In ihrem kürzlich veröffentlichten Programmentwurf schließlich beziehen die GRF-Führer vollends die Position des Antikommunismus. Sie behaupten praktisch, unter Stalins Führung seien die Völker der Sowjetunion genauso unterdrückt worden wie die alten Ausbeuter. Auf S. 13 des Programmentwurfs heißt es: "Widersprüche im Volk wurden ausschließlich (! – RM) als Widersprüche zum Feind, begangene Fehler als Sabotage behandelt". Das ist allerdings deutlich. Die Dartsellung der GRF-Führer ist – wenn auch vornehmer formuliert – völlig identisch mit der antikommunistischen Darstellung Stalins als volksfeindlicher Tyrann. Die GRF-Führer behaupten, aus der Diktatur des Proletariats sei unter Stalin eine Diktatur über das Proletariat geworden.

Halten wir dem Antikommunismus der GRF-Führer die Darstellung der chinesischen Genossen entgegen: "Im inner- und außerparteilichen Kampf verwechselte er zu gewissen Zeiten (! – RM) und in gewissen Fragen (! – RM) die zwei verschiedenen Arten von Widersprüchen... Als er die Unterdrückung der Konterrevolution leitete, wurden viele Konterrevolutionäre, die bestraft werden mußten, in gerechter Weise bestraft, aber zur gleichen Zeit wurden auch manche unschuldige Leute zu Unrecht verurteilt... Eingie dieser Fehler hätten vermieden werden können, andere waren zu einer Zeit, da die Diktatur des Proletariats kein Vorbild hatte, kaum zu vermeiden. ...Nichtsdestoweniger bleibt Stalin ein großer Marxist-Leninist. In der Periode, in der er die KPdSU und den Sowjetstaat führte, hielt er an der Diktatur des Proletariats und am sozialistischen Kurs fest, hielt die marxistisch-leninistische Linie ein und sicherte den siegreichen Vormarsch der Sowjetunion auf dem Wege des Sozialismus." (Polemik S. 137 und 478).

VERRAT DER SOZIALDEMOKRATIE FÜHRTE ZUR NIEDERLAGE

55 JAHRE UNGARISCHE RÄTEREPUBLIK!



Ein ungarisches Revolutionsplakat

Nach langen, harten und blutigen Klassenkämpfen errichteten die ungarischen Arbeiter, Bauern und Soldaten am 21. 3. 1919 die Herrschaft der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats. Das ungarische Volk war dem Vorbild seiner siegreichen russischen Klassenbrüder gefolgt. Ungarn war als zweites Land auf der Erde dem Imperialismus entrissen. Aber die Imperialisten gaben auch nach der Errichtung der Macht der Arbeiterklasse den Kampf um die politische Macht nicht auf, sondern verstärkten ihn im Gegenteil. Ihr entscheidendes Mittel dabei waren die Revisionisten. Mit dem Ruf: Es lebe die Diktatur des Proletariats! gelang es den Sozialdemokraten, sich mit an die Spitze des Kampfes zu setzen und die Diktatur des Proletariats so weit auszuhöhlen, daß es den Imperialisten nach drei Monaten gelang, die Macht wieder an sich zu reißen.

1918 und 1919 waren stürmische Zeiten in der ungarischen Arbeiterbewegung. Im Oktober 1918 wurde die jahrhundertelange Herrschaft der Habsburger Monarchie zerschlagen. In dieser bürgerlich-demokratischen Revolution war die Arbeiterklasse bereits die führende Kraft. Sie besaß aber – durch den Verrat der Sozialdemokraten – noch nicht die kommunistische Partei, die sie hätte zum vollständigen Sieg führen können.

Die revisionistischen Sozialdemokraten traten der nun gebildeten bürgerlichen Regierung bei. Sie riefen die Werktätigen auf, mit Streiks, Demonstrationen und Fabrikbesetzungen aufzuhören, weil nun durch ihre Teilnahme an der Regierung der Sozialismus auf parlamentarischem Weg zu erreichen sei.

Die meisten ungarischen Werktätigen glaubten diesen reformistischen Lügen nicht und führten ihren revolutionären Kampf unbeirrt weiter. Im ganzen Land fanden Fabrikbesetzungen statt und in vielen Orten entstanden Arbeiter- und Soldatenräte. Die Bauern – die sogenannten Habenichtse – vertrieben viele Großgrundbesitzer und nahmen das Land in ihren eigenen Besitz. Jetzt zeigte sich offen der konterrevolutionäre Charakter der Sozialdemokratie. So ließ zum Beispiel der sozialdemokratische Führer der Bergarbeitergewerkschaft Peyer die Bergarbeiter in Salgotarjan niederschießen, weil sie die Bergwerke besetzt hielten. Die Sozialdemokraten waren vom Kapital nicht an die Regierung geholt worden, um den Sozialismus herbeizuführen, sondern um ihn mit ideologischen, politischen und militärischen Mitteln zu zerschlagen.

Aber dieser Terror konnte die ungarische Revolution nicht aufhalten. Am 20. 11. 1918 gründeten die besten Kämpfer der ungarischen Arbeiterbewegung die Kommunistische Partei Ungarns. Somit besaß die ungarische Arbeiterklasse die Partei, die sie zum Sieg der proletarischen Revolution führen konnte. Sie trat klar für die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats ein und entlarvte den Parlamentarismus der Sozialdemokraten als Verrat an den Interessen der Arbeiter. Sie propagierte das Beispiel der russischen Revolution als einzig möglichen Weg zum Sieg des Sozialismus.

Durch ihr mutiges und revolutionäres Auftreten im Klassenkampf erwarben sich die Kommunisten schnell das Vertrauen nicht nur der Fortschrittlichsten des Proletariats, sondern auch großer Teile der werktätigen Massen. Innerhalb von zwei, drei Monaten hatte die junge KPU in den wichtigsten Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten großen Einfluß, teilweise sogar die Führung.

Die Macht der Bourgeoisie wurde gestürzt: das bürgerliche Parlament wurde auseinandergejagt und die Macht erhielten die Räte. Fabriken, Banken und Versicherungsgesellschaften wurden verstaatlicht. Die Leitung der Betriebe lag in den Händen der Räte und zentraler Wirtschaftskomitees. Die Großgrundbesitzer wurden verjagt. Die alte reaktionäre Armee wurde aufgelöst und eine neue, die Rote Armee, gegründet. Diese Rote Armee besiegte in heldenhaften Kämpfen im Nordfeldzug die tschechischen und rumänischen imperialistischen Heere, die in großer Übermacht anrückten, um die junge Diktatur des Proletariats zu zerschlagen.

Der Sieg der ungarischen Arbeiterklasse erschreckte die gesamte europäische Bourgeoisie. Nichts hatten sie mehr gefürchtet, als daß das Beispiel Rußalnds auf andere Länder übergreifen würde. Nichts fürchteten sie jetzt mehr, als daß dem ungarischen Volk weitere Völker Europas folgen würden. Sie eröffneten den militärischen und ideologischen Krieg gegen die proletarischen Staaten. Während das russische Proletariat unter der Führung der KPdSU (B) allen diesen Angriffen trotzte, unterlag das ungarische Volk durch den Verrat der Sozialdemokratie, deren konterrevolutionärer Charakter von der noch wenig erfahrenen KPU nicht in genügender Klarheit erkannt wurde. Vor allem aber wurde der scharfe Kampf gegen den Revisionismus von einigen opportunistischen Führern der KPU sabotiert.

Die ungarischen Sozialdemokraten stimmten im März 1919, angesichts der revolutionären Kämpfe der Massen, plötzlich der Losung von der Errichtung der Diktatur des Proletariats zu. Im März vereinigten sich die Sozialdemokraten mit der KPU. Aber in den drei Monaten der Räterepublik haben die sozialdemokratischen Führer nichts anderes getan, als die Durchführung der Diktatur des Proletariats zu sabotieren, die junge Arbeitermacht von innen her zu zersetzen.

Genosse Lenin erkannte die drohende Gefahr für die junge Räterepublik und warnte in seinem "Gruß an die ungarischen Arbeiter": **"Die Aufhebung der Klassen ist das Werk eines langwierigen, schweren, hartnäckigen Klassenkampfes, der n a c h dem Sturz der Macht des Kapitals, n a c h der Zerstörung des bürgerlichen Staates, n a c h der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats n i c h t verschwindet (wie sich die Flachköpfe vom alten Sozialismus und von der alten Sozialdemokratie einbilden), sondern nur seine Formen ändert und in vieler Hinsicht noch erbitterter wird... Wenn sich Schwankungen bei den gestern zu euch, zur Diktatur des Proletariats gekommenen Sozialisten oder bei dem Kleinbürgertum zeigen, dann unterdrückt diese Schwankungen schonungslos! Erschießung – das ist das verdiente Schicksal des Feiglings im Kriege."** (Hervorhebungen von Lenin).

Dieses Fehlen des von Lenin geforderten schonungslosen Kampfes gegen den Revisionismus war die entscheidende Ursache dafür, daß die Räterepublik dem Ansturm der Feinde nicht standhalten konnte. Rumänische und tschechoslowakische Truppen marschierten ein, der weiße Terror begann zu wüten.

Die ungarischen Kommunisten aber lernten aus diesen Kämpfen und als nach dem zweiten Weltkrieg die ungarische Arbeiterklasse zum zweitenmal die Diktatur des Proletariats errichtete, führten sie einen harten Kampf gegen die revisionistischen Ansichten von Nagy und Kadar. Als Kadar nach dem konterrevolutionären Aufstand von 1956 an die Macht kam, war darum das erste, was er erklärte, daß in Ungarn mit dem Sieg der Diktatur des Proletariats der Klassenkampf beendet sei. Aber die Arbeiterklasse wird der Bourgeoisie diesen Wunsch – den Kampf gegen sie aufzugeben – nie erfüllen. Auch die ungarische Arbeiterklasse führt heute einen harten Kampf gegen die sozialfaschistische Diktatur der neuen Bourgeoisie. Der Sieg wird der ungarischen Arbeiterklasse gehören.

Oßwald/Schulte-Prozeß in Dortmund: DAS VOLK IST AUF UNSERER SEITE

"Daß immer mehr Menschen den volksfeindlichen Charakter der Klassenjustiz durchschauen und bereit sind, gegen die Angriffe der Bourgeoisie zu kämpfen, das haben wir bei der Agitation und Propaganda während der Verhandlung am 19. 3. erfahren", berichten Dortmunder Genossen. "Schon am frühen Morgen versammelten sich etwa 50 Menschen vor dem Gericht. Durch Sprechchöre, mit denen wir Wiederherstellung der Öffentlichkeit forderten, konnten wir die Verhandlung so stören, daß das Gericht ganz nervös die Verhandlung mehrmals unterbrach. Als gegen Mittag Polizisten versuchten, uns einzukreisen, zogen wir mit unseren Transparenten in die Stadt. Hier war die Solidarität der Bevölkerung so groß, daß die Polizei nicht mehr wagte, die Demonstration und Kundgebung aufzulösen oder Personalien festzustellen. In kurzer Zeit bildeten sich an der Reinoldikirche Diskussionstrupps. Von 11 bis 16 Uhr konnten wir mit der Bevölkerung diskutieren. Fast niemand, der sich nicht empört gegen diesen Prozeß, gegen die zunehmende politische Unterdrückung in der DBR aussprach. Als gegen Mittag der Staatsanwalt, der mit der Verurteilung der Genossen Oßwald und Schulte unsere Partei im Auftrag der Bourgeoisie zur "kriminellen Vereinigung" abstempeln will, aufkreuzte – wahrscheinlich, um "Beweismaterial" zu sammeln – wurde er von den Genossen schonungslos entlarvt und von der Bevölkerung wütend angegriffen. "Im Namen des Volkes" steht über der Anklageschrift, die dieser Büttel der Kapitalisten verfaßt hat. Das Volk auf der Straße sagte ihm klar ins Gesicht, was es von ihm und seinesgleichen hält. Er machte sich auf und davon! Viele ROTE MORGEN konnten wir an diesem Tag verkaufen, dazu 27 Broschüren zum Prozeß. 15 fortschrittliche Menschen gaben uns ihre Adresse und wollten weitere Informationen. Das zeigt besser als alle Worte, wie recht Mao Tsetung hat, wenn er sagt: "Der Stein, den sie erhoben ahben, wird auf ihre eigenen Füße fallen."

Dieser Bericht zeigt, daß die Partei keinen Schritt zurückgewichen ist vor den Angriffen der Bourgeoisie und ihrer Justiz. Gege ndie Kriminalisierungsversuche, gegen die Absicht, die KPD/ML als "kriminelle Vereinigung" vor den Massen zu diffamieren, gilt es, einen unversöhnlichen offensiven Kampf zu führen. Das gilt auch für die Angeklagten im Gerichtssaal selbst. Sie stehen hier als Spitze, als Repräsentanten der Partei, die die Bourgeoisie durch ihre Person treffen will. Umso mehr ist es ihre Aufgabe, vor den Angriffen der Justiz nicht zurückzuweichen, wachsam zu sein und die üblen Machenschaften des Gerichtes gegen die Angeklagten selbst und die Verteidiger entschieden zurückzuweisen, jedem Agnriff auf die Partei entschlossen entgegenzutreten. Zweifellos hat Michael Schulte in der letzten Verhandlung – er stand an diesem Tag allein vor Gericht, Genosse Oßwald fehlte entschudligt – nicht genügend Wachsamkeit walten lassen. Dieser Fehler muß unbedingt korrigiert werden! Die Front gegen die Klassenjustiz darf an keiner Stelle brüchig werden!



Sofortige Einbürgerung von Sascha Haschemi!

Der Kampf um die Einbürgerung von Genossen Sascha Haschemi, der, obwohl in Deutschland geboren und aufgewachsen, aus der DBR ausgewiesen werden soll – er besitzt die iranische Staatsangehörigkeit, weil sein Vater Perser ist – bringt täglich neue Erfolge. Tausende von Menschen haben sich bisher mit dem Kommunisten Sascha solidarisiert, und mit ihrer Unterschrift gegen die Ausweisung protestiert. Es unterschrieben in:

Aachen 176, Berlin-West bei Siemens 33, bei AEG-Brunnenstraße 190, weitere Unterschriften in der Stadt 622, Bielefeld 200, Bochum 602, Braunschweig 100, Bremen 36, Coburg 600, Darmstadt 70, Dortmund-Hoesch 29, Dortmund-Hansa 13, Dortmund-Stadtsammlungen 153, Düsseldorf 35, Duisburg 241, Essen 122, Frankfurt 157, Freiburg i. Br. 150, Gelsenkirchen 582, Gießen/Wetzlar 300, Hamburg 126, Hannover 401, Heidenheim 59, Kassel 89, Kempten 350, Kiel-Hell Gmbh 50, Kiel-Werft Lindenau 20, Kiel-Stadtsammlungen 892, Kitizngen 50, Köln 89, Lübeck 301, Mannhiem 142, Marburg 29, München 1.200, Neuwied 34, Oberhausen-Thyssen 96, Ravensburg 250, Recklinghausen 50, Reutlingen 45, Rüsselsheim 49, Sindelfingen/Böblingen 80, Stuttgart 58, Thälmassing/Greding/Ingolstadt 150, Tübingen 266, Ulm 12, Weinheim 23, Witten-Siemens 18, Wuppertal 16, Würzburg 400.

Insgesamt: 9.756 Unterschriften.

Zusätzlich erhielten wir folgende Protestresolutionen:

Albanienveranstaltung des KSB/ML Kiel Belegschaftsversammlung des Thomas-Müntzer-Verlages, Weißkirchen, Leserunde Kreuzberg, Westberlin, Veranstaltung zum 5. Jahrestag der KPD/ML in Essen, Protesterklärung von zwei Jugendvertretern der IGM Recklinghausen, ROTER-MORGEN-Lesekreis in Kiel-Gaarden, Arbeitertreff am 1. 2. 74 in Hannover mit 28 Teilnehmern, Parteiveranstaltung in Kiel-Elmschwegen am 1. 2. 74 mit 14 Teilnehmern, Erklärung eines Soldaten aus Lichtenau, Veranstaltung "Kampf der Klassenjustiz" am 21. 2. 74 in Bochum, Veranstaltung des Bethanien-Komitees in Westberlin/Kreuzberg am 27. 2. Parteiveranstaltung am 15. 2. in Hamburg mit 150 Teilnehmern, Georg-von-Rauch-Haus Westberlin, Stadtschülerrat der Stadt Kiel, beschlossen am 31. 1., Sympathisantenkreis der Betriebszelle AEG-Brunnenstraße in Westberlin, Arbeitskreis "Kritische Sozialarbeit" in Frankfurt, Stadtteilzelle Kreuzberg in Westberlin, Sympathisantenzirkel der Stadtteilzelle Charlottenburg, Westberlin, Zelle Krankenhaus Neukölln in Westberlin, ROTE GARDE Selb, Jugendgruppe Anker Bielefeld, beschlossen am 7.3. 74, Vollversammlung der Universität Gießen mit etwa 800 Zustimmungen, Vollversammlung der Fachschaft Soziologie der Universität Bielefeld, Abteilungsrat der Abteilung Philosophie der Ruhr-Universität Bochum, AStA der Universität München, AStA der Kunstakademie München, Kommunistischer Fachbereech der Universität München am 27. 2. 74, Rote Hilfe Braunschweig, Rote Hilfe Bochum, Rote Hilfe Dortmund, Teach-in "Kampf dem drohenden CISNU-Verbot' der RH Dortmund in der Dortmunder Pädagogischen Hochschule, Rote Hilfe Ostwestfalen, Rote Hilfe Recklinghausen.

Der Kampf muß weitergehen! Genosse Sascha, der wegen der drohenden Ausweisung untergetaucht ist und den die Polizei mit Haftbefehl sucht, muß eingebürgert werden Am 30. April läuft seine Aufenthaltsgenehmigung ab. Bis dahin gilt es, die Front gegen die geplante Ausweisung noch zu vergrößern und noch besser zusammenzuschmieden!

Kampf der bürgerlichen Klassenjustiz!



AUGSBURG:
Am 12. 3. fand vor dem Amtsgericht Augsburg ein Prozeß wegen "Sachbeschädigung u.a." gegen die Genossen Ralph R. und Walter H. statt. Es wurde ihnen vorgeworfen, die Buchstaben "KPD/ML" "am Stadttheater angebracht und es dadurch erheblich beschmutzt zu haben". Genosse Walter wurde zu 400 DM Geldstrafe und zur Zahlung einer "Schadenssumme" von 300 DM verurteilt. Das Verfahren gegen Genossen Ralph wurde abgetrennt. Er ist seit dem Herbst letzten Jahres wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung in Haft.

BREMEN:
Am 16. 3. fand in Bremen eine Veranstaltung der KPD/ML statt unter der Losung: "Der Kommunismus läßt sich nicht verbieten". Die rund 60 Teilnehmer verabschiedeten eine Protestresolution zum Prozeß gegen die Genossen Oßwald und Schulte. 197,20 DM wurden zur Unterstützung der politisch Verfolgten gesammelt.

DARMSTADT:
Vahab Aslan, Vrostandsmitglied der ATÖF (Studentenföderation der Türkei in der Bundesrepublik) und ehemaliger zweiter Vorsitzender des türkischen Arbeitervereins Darmstadt soll bis zum 15. 4. 74 den faschistischen Henkern in der Türkei ausgeliefert werden. Gegen diesen Angriff auf einen türkischen Antifaschisten hat das Darmstädter "Komitee gegen die Verfolgung und Unterdrückung fortschrittlicher Ausländerorganisationen", in dem die KPD/ML mitarbeitet, den Kampf aufgenommen. Vor Betrieben und in der Stadt wurden zahlreiche Unterschriften gesammelt. Über 300 Menschen besuchten eine Veranstaltung des Komitees am 16. 3. Mehr als 500 DM wurden für den Kampf des türkischen Patrioten gesammelt.

DORTMUND:
Wegen eines Flugblattes der KPD/ML, in dem zur Zerschlagung eines Faschistentreffs im "Haus Voss" aufgerufen wurde, erhielt Wolfgang Bartels, der presserechtlich Verantwortliche, jetzt eine Anzeige nach § 90a (Verächtlichmachung der Bundesrepublik und ihrer Organe). Genosse Bartels ist wegen der gleichen antifaschistischen Aktion bereits zu 4 Monaten verurteilt worden.

HEIDELBERG:
In der Nacht zum 12. 3. 74 fand – offensichtlich im Zusammenhang mit der Festnahme eines Justizbeamten der JVA und eines angeblichen Befreiungsversuches – bei dem Genossen Wolfgang Grundmann eine Zellenrazzia statt. Mehrere Beamte unter Leitung des Anstaltsdirektors und eines Oberstaatsanwaltes stürmten die Zelle, brachten den politischen Gefangenen in eine Nachbarzelle und klopften sie quadratzentimeterweise ab.

KIEL:
Am 2. 4. 74 um 8.30 Uhr beginnt vor dem Kieler Amtsgericht ein Prozeß gegen 5 Teilnehmer einer Schüler- und Studentendemonstration gegen die Verabschiedung des Landeshochschulgesetzes, bei dem ein Teil der Demonstranten die Bannmeile um den Landtag durchbrach. Strafanzeige war erstattet worden, weil einem Kriminaloberwachtmeister in Zivil, der die Demonstranten fotografierte, die Kamera zerschlagen und außerdem die Pistole weggenommen wurde, die man bei ihm entdeckte.

Die schwerste Anklage der bürgerlichen Klassenjustiz gilt dem Rotgardisten Dietrich L. Er soll neben der "Verletzung der Bannmeile" auch wegen "gefährlicher Körperverletzung" und "schwerer Sachbeschädigung" verurteilt werden.

Die Strafanzeige, die ursprünglich noch gegen einen sechsten Demonstranten erhoben war, wurde dagegen schnell zurückgezogen – er ist führendes Mitglied der D'K'P und Redakteur der D'K'P-Zeitung "UZ".

MÜNCHEN:
Weil sie das Flugblatt "Dreht die Gewehre um" vor Kasernen verteilt hatten, standen am 21. 3. in München die Genossen Siegfried R. und Ernst W. wegen "Wehrkraftzersetzung" vor der Staatsschutzkammer. Der Terror, mit dem das Gericht hier gegen die Genossen vorging, macht diesen Prozeß zu einem beispiellosen Fall politischer Unterdrückung: Gegen Genossen Ernst W., der wegen einer schweren Magenerkrankung das Bett hüten mußte und ein ärztliches Attest vorlegte, wurde sofort Haftbefehl erlassen. Polizisten holten ihn aus dem Bett und schleppten ihn zur Untersuchung ins Gericht. Natürlich schrieb ihn der Polizeiarzt verhandlungsfähig. Unter großen Schmerzen mußte er am Prozeß teilnehmen. Auch der Verteidiger von Genossen Siegfried R. war erkrankt. Anstatt den Prozeß auszusetzen, bestimmte das Gericht in Windeseile einen Pflichtverteidiger, der sich in der kurzen Mittagspause "einarbeiten" sollte. Zwei Stunden Vorbereitung für einen Prozeß vor der Staatsschutzkammer – das heißt nichts anderes, als daß hier eine Verteidigung des Genossen unmöglich gemacht wurde! Der Staatsanwalt beantragte 8 und 4 Monate Gefängnis. Beide Genossen wurden zu je 800 Mark Geldstrafe verurteilt.

Sieben Monate Gefängnis mit Bewährung lautete das Urteil gegen Christian G. Er war angeklagt, weil er an einer Vietnamdemonstration im Juli 1972 teilgenommen hatte, die die zivilen Spitzel der Polizei mit einem wilden Schlägereinsatz beantworteten. Christian G. wurde beschuldigt, einen dieser Dreigroschenjungen, den Popo Guido Stäblein, mit einem Knüppel während der Demonstration niedergeschlagen zu haben. Daß dieser gleiche Stäblein nach der Demonstration gesund und munter mitprügelte, daß er wenige Tage nach seiner "schweren Verletzung" bereits wieder Personalien von Demonstranten feststellen konnte - das interessiert das Gericht nicht! Christian G. wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit verurteilt.

Solidarität mit den politisch Verfolgten!

Zur finanziellen Unterstützung von politisch verfolgten Menschen wurden seit der letzten Veröffentlichung im ROTEN MORGEN folgende Spenden auf das Konto Karin Sandmann, 46 Dortmund, Dresdner Bank, Konto Nr. 81 355 107 eingezahlt: 20.2. W., Hattenheim, DM 200,- – 21.2. E.B., München 150,- – 21.2. W.K., Essen, 25.2. Veranstaltung zum Oßwald/Schulte-Prozeß 53,-- – 26.2. OG Kempten 50,– -- 26.2. RH Heidenheim für Oßwald/Schulte-Prozeß 20,– – 26.2. RH Heidenheim für Sascha Haschemi 20,-- – 1.3. J.B. Bochum 83,50 – 4.3. J.B. Essen 10,- – 4.3. Sammlung auf einem Arbeitertreff in Altona 260,- – 4.3. Sammlung auf Veranstaltung zum Wahlsonntag 121,60 – 5.3. A.B. Münster 4.070,- – 6.3. Aktionskomitee "Streichung der Raketenstellung Görisried" 116,- – 7.3. Veranstaltung zum Oßwald-Schulte-Prozeß 24.30 – 7.3. Geburtstagsfeier in Schönwald 18,- – 11.3. Krankenhauszelle Neukölln in Westberlin 30,- – 11.3. R.H. 100,- – 11.3. W.K. Essen 10,- – 11.3. Buchladen ROTER MORGEN Westberlin 181,- – 11.3. G.B. Kaarst 23,94.

Summe: DM 5.571,34

Demnach wurden seit Eröffnung des Kontos 13.711,60 DM gespendet. Seit der letzten Veröffentlichung wurden 5.000,– DM ausgezahlt für Prozeßkosten der Antikriegstagsprozesse, weitere 1.500 DM als Zuschüsse für Strafbefehle usw. von Genossen, die nicht in der Lage sind, die Kosten für Strafbefehle, Gerichtsgebühren u.ä. selbst aufzubringen.

"Räuberpistole" entlarvt

Im Zusammenhang mit der Demonstration in Frankfurt am 23.2. ließ die Polizei über die bürgerliche Presse verbreiten, 36 Rocker aus dem Ruhrgebiet seien festgenommen worden, weil sie offensichtlich zur Verstärkung der Mieterdemonstration angereist seien. Die folgende Korrespondenz entlarvt auch diese Geschichte von den "zugereisten Revolutionären" als eine Räuberpistole.

Bei diesen angeblichen Rockern handelt es sich um einen Motorradclub, der nach Frankfurt gekommen war, um sich dort den Karnevalszug anzusehen. Kaum waren sie in der Stadt, wurden sie von Polizisten umringt. Sämtliche Kollegen (etwa 30) und 7 Mädchen wurden sofort festgenommen. Begründung der Polizei: Das ist Vorbeugehaft.

Mit einem Reisebus wurden die Jugendlichen schließlich ins Frankfurter Polizeipräsidium verfrachtet, wo sie - obwohl man ihnen nicht das Geringste nachweisen konnte - gegen ihren Protest erkennungsdienstlich behandelt wurden. Dann wurden sie in Zellen verfrachtet. Einer von ihnen, der wegen dieses Terrors völlig mit den Nerven fertig war, wurde hineingeprügelt.

In einer der Zellen ließ auf einmal ein Polizist sein Messer springen und versuchte einem der Frankfurter Demonstranten die Haare abzuschneiden. In eine andere Zelle wurden zwei Demonstranten gebracht, deren Gesichter von der Prügelei durch die Polizei total zerschunden waren. Auf diese beiden versuchten die Polizisten dann die Jugendlichen aus dem Ruhrgebiet zu hetzen: "Den Typen verdankt ihr, daß ihr überhaupt hier seit" usw. Die Kollegen ließen sich aber nicht provozieren.

Erst um 24.oo Uhr, 12 Stunden nach ihrer Festnahme wurden sie freigelassen und dann von zwei Zivilstreifen bis außerhalb Frankfurts gebracht. Inzwischen war im Ruhrgebiet schon die politische Polizei bei den Eltern der Jugendlichen gewesen und hatte versucht, sie darüber auszuhorchen, ob ihre Kinder Verbindung zu "linksradikalen Organisationen" hätten. Wegen dieses Terrors der politischen Polizei erlitt eine der Mütter einen Nervenzusammenbruch.

"Das III. Reich"

Propaganda für den Faschismus

"Deutschland erwache" so heißt es auf den Werbeplakaten, für die sogenannte Dokumentation "Das III. Reich". Dieser Ruf der Faschisten, das Symbol der Faschisten, das Hakenkreuz und Adolf Hitler, werden momentan zehntausendfach in Westdeutschland verbreitet. Haffner und die anderen Autoren der geplanten Serie nennen diese massive Verbreitung der faschistischen Propaganda einen kritischen Versuch, das dritte Reich, in "neuem Licht" erscheinen zu lassen.

Die Herausgabe dieser Serie ist bisher der Höhepunkt im Versuch der Bourgeoisie, das deutsche Volk einer Gehirnwäsche zu unterziehen, um seinen Haß auf den Faschismus auszulöschen. Diese Gehirnwäsche, die in der Serie "Das III. Reich" den Stempel Geschichtsforschung aufgedruckt bekommt, ist für die Bourgeoisie keinesfalls "Vergangenheitsbewältigung" wie es oft heißt.

"Das ist ja wie im dritten Reich" – dieser Satz fällt immer häufiger im Betrieb und auf der Straße. Überall, wo die Massen sich mit diesen Worten oder auch mit ihren Fäusten gegen den Polizei- und Justizterror zur Wehr setzen, versuchen die modernen Revisionisten dafür das "Rechtskartell um Strauß und Kohl" verantwortlich zu machen, sprechen sie von den Angriffen der "Ewig-Gestrigen" auf die angebliche Demokratie in diesem Land. Es ist jedoch für niemand zu übersehen, daß der Terror nicht hauptsächlich von Privattruppen irgendwelcher Kapitalisten oder Unternehmer ausgeht, sondern von den Gewaltorganen der Kapitalistenklasse, ihrem Staat. Nicht zufällig wird darum auch immer mehr vom Polizeistaat gesprochen, wächst der Kampf gegen die politische Unterdrückung, mit der die Bourgeoisie auf die anwachsenden Kämpfe antwortet. Große Teile der Massen sehen die Gefahr eines neuen Faschismus, gleichzeitig wächst die Sympathie für die Alternative, die die KPD/ML aufzeigt: den Kommunismus.

Um diesen Haß auf den Hitlerfaschismus und die Empörung gegen die wachsende Faschisierung des westdeutschen imperialistischen Staatsapparates zu zersetzen, beginnt die Bourgeoisie vor allem die Jugend, die den Hitlerfaschismus nicht selbst miterlebt hat, ideologisch zu bearbeiten.

Die Nostalgiewelle hat die Mode, die Schlager, die dekadente Kultur der Zeit der Hitlerherrschaft zum letzten Schrei gemacht. Unausgesprochen steht dahinter: Was euch heute gefällt, das habt ihr Hitler zu verdanken.

Genauso wird versucht, für die ältere Generation die UFA-Schnulze und Heinz Rühmann als das bleibende Gute, das unter Hitler geschaffen wurden hinzustellen, und so in ihr den Wunsch nach dem Wiederaufkommen dieser "guten alten Zeit" zu wecken.



Verherrlichung des Faschismus

Auch in den Bildanzeigen für "Das III. Reich" steht der augenzwinkernde Rühmann neben Hitler. Rühmann, der Volkswagen neben ihm und zwei junge Mädchen, die Hitler anhimmeln – sie sollen vor allem in kleinbürgerlichen Schichten die Illusion wecken, daß der Hitlerfaschismus dem "kleinen Mann" ein bescheidenes Glück gesichert hat.

So soll erreicht werden, daß ein Teil des Volkes, wenn die Klassenkämpfe sich weiter verschärfen, den Ruf nach "Ruhe und Ordnung" unterstützt, so sollen vor allem die kleinbürgerlichen Schichten gegen die Kommunisten und die kämpfenden Arbeiter aufgehetzt werden, die angeblich dieses bescheidene Glück zerstören wollen.

Genauso im ersten Heft "Das III. Reich". Scheinheilig wird Hitler an einigen Punkten kritisiert, damit man die Kommunisten verteufeln kann. Kein Wort davon, warum Millionen den Kommunisten gefolgt sind, kein Wort davon, daß das Programm der KPD Ernst Thälmanns gegen den Faschismus das einzige war, das die Arbeiterklasse und das ganze deutsche Volk endgültig vom Faschismus befreien konnte. Nein, die Kommunisten sind wilde Schläger, die gemeinsame Sache mit den Faschisten machen, das Volk so in die Irre führen.

Nehmen wir den Blutmai 1929. 33 Arbeiter sind hier unter den Kugeln Zörgiebels und seiner Polizei gefallen. Ein Bild dieses Blutmai findet sich auch in "Das III. Reich". Einzig und allein, um die Kommunisten verantwortlich für diese Morde der faschistischen Polizei zu machen und noch nachträglich noch größeren Terror gegen die führenden Kommunisten zu fordern. In eine Reihe wird hier auf einer Collage Thälmann mit Hitler und Goebbels gestellt. Begleittext: "Und wenn die Polizei eintraf, war es oft zu spät. Dann hieß es zwar noch "Knüppel frei" und "Nachsetzen". Aber die Anstifter und Schläger waren längst in alle Winde."

Selbst "Das III. Reich" kann nicht leugnen, daß die Arbeiterklasse gegen den Hitlerfaschismus war. Aber daß sie den revolutionären Klassenkampf wählte und die Revolution als Ausweg ansah – gerade das wird als Ursache dafür angegeben, daß die Errichtung des Faschismus nicht verhindert werden konnte.

Es wird in diesem Heft nicht nur wie auch in den Schulbüchern unserer Kinder versucht, den Faschismus als das Werk eines einzelnen, Hitlers, hinzustellen, während er in Wirklichkeit nur die offen terroristische Diktatur des Kapitals ist. Unter dem Deckmantel der Kritik an Hitler wird das Bild des wagemutigen, vorwärtsstürmenden Politikers gezeichnet, der imstande ist, die Massen zu begeistern, der gegen den Parlamentarismus auftritt, der die anderen bürgerlichen Politiker an die Wand spielt. Seitenlang werden Erinnerungen von Faschisten, Auszüge aus faschistischen Zeitungen abgedruckt.



... und Wirklichkeit

Es ist offensichtlich, was sich hinter dem Anspruch, "vieles in einem neuen Licht zu zeigen" verbirgt: Unter dem Mantel der Kritik am Faschismus soll der Haß des deutschen Volkes gegen den Hitlerfaschismus zersetzt werden, soll versucht werden, die faschistischen Ideologien erneut im deutschen Volk zu verbreiten.

Wir sind sicher, daß kein Kommunist, kein fortschrittlicher Mensch es dulden wird, daß die Symbole der blutigen Terrorherrschaft des Kapitals erneut in unserem Land propagiert werden.

PARTEIBÜROS:

BREMEN:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70.
Öffnungszeiten: Sa 9 – 13.00 Uhr.

HAMBURG:
Stresemannstr. 110, Tel. 040 / 43 99 137.

HANNOVER:
Elisenstr. 10.

Kiel:
Reeperbahn 13, Tel.: 0431/74762.

MANNHEIM:
Lortzingstr. 5. Öffnungszeiten: Di: 16.00 – 18.30 Uhr; Do: 16.00 – 18.30 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MÜNCHEN:
Buchladen ROTER MORGEN, 8 München 2, Thalkirchnerstr. 19. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

WESTBERLIN:
Buchladen ROTER MORGEN, 1 Berlin 65 (Wedding), Schererstr. 10. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr; Sa: 10.00 – 14.00 Uhr.

Fernsehserie: 'Ein Herz und eine Seele'

Wie die Kapitalisten den 'kleinen Mann' gerne hätten

Von "Bild" bis "Spiegel" bastelt die bürgerliche Presse an einem neuen Idol: Alfred, das Ekel, Hauptperson in der Fernsehserie "Ein Herz und eine Seele". Alfred Tetzlaff soll den "kleinen Mann" verkörpern und der ist so, wie die Kapitalisten ihn gerne hätten: reaktionär bis in die Knochen und stramm antikommunistisch. Es soll uns eingeredet werden: das Volk will den Faschismus, alles Reaktionäre kommt von den Massen.

Alfred Tetzlaff ergeht sich unverblümt in faschistischer Hetze gegen Ausländer, gegen die Jugend, gegen die Juden und gegen den Kommunismus. Selbstverständlich ist der Kommunismus sein Hauptfeind. Kommunistisch allerdings ist für ihn alles von den sowjetischen Sozialimperialisten bis hin zu Brandt und der SPD samt Jusos. So soll der Kommunismus vor den Massen diskreditiert werden. Aus jedem Wort Alfred Tetzlaffs wird klar: nicht die Kapitalisten, sondern das Volk will den Faschismus. Die Rückständigkeit und die Borniertheit des Volkes sind die Quelle des Faschismus.

Zwar haben die Schreiberlinge des Fernsehens nicht gewagt, diesen faschistischen Spießer direkt als Arbeiter auftreten zu lassen, aber er wird als kleiner Angestellter dargestellt, der in ähnlichen wirtschaftlichen Lebensverhältnissen lebt wie ein Arbeiter. Auf jeden Fall wird er als Vertreter des werktätigen Volkes hingestellt. Im werktätigen Volk, das am meisten unter dem Faschismus gelitten hat, das auch nie die soziale Basis des Faschismus war, soll das faschistische Gedankengut seine Wurzel haben. **Tatsache aber ist, daß die werktätigen Massen den Faschismus hassen und zum Sozialismus drängen.**

Zum Faschismus drängt wieder einmal das Kapital. Die Kapitalisten treiben die Faschisierung ihres Staatsapparates voran, planen erneut die Errichtung einer offen terroristischen, faschistischen Diktatur über die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk, um ihre Herrschaft vor der proletarischen Revolution zu retten. Von dieser tatsächlichen Faschisierung aber soll Alfred Tetzlaff ablenken. Von der Erscheinung her eine Mischung aus Adolf Hitler und Charly Chaplin sollen seine kernigen Sätze, die in dieser Form natürlich von fast niemandem ernst genommen werden, den Faschismus in den Bereich des Skurrilen rücken. **Es soll uns weisgemacht werden, daß Faschistisches, wenn überhaupt, heute nur noch als Kuriosität existiert.**

In diesem Zusammenhang trifft es sich natürlich gut, daß Alfred Tetzlaff seine ärgsten Feinde in den "Sozis mit Brandt an der Spitze" erblickt. Die SPD, die heute im Auftrag des Monopolkapitals die Faschisierung vorantreibt, wird so indirekt als antifaschistische Kraft propagiert. Der wachsende Haß der Massen auf die SPD-Regierung, die als Geschäftsführerin des Monopolkapitals die Ausplünderung und Unterdrückung des Volkes betreibt, wird als faschistisch diffamiert.

Die Autoren der Sendung besitzen auch noch die Dreistigkeit zu behaupten, sie hätten mit dieser Sendung Fortschrittliches im Sinn. In dem faschistischen Spießer Alfred Tetzlaff solle dem Volk ein Spiegel vorgehalten werden, damit es die faschistische Ideologie erkenne und faschistisches Gedankengut aus seinen Köpfen verbanne. Die Absicht, die hinter dieser Argumentation steckt, ist klar: wenn die Massen Träger des Faschismus sind, können nur die fortschrittlich sein, die sich vom Volk distanzieren, die werktätigen Massen verachten und letztlich bekämpfen.

Und verachtenswert wird das Leben der Werktätigen auch dargestellt: Alfred Tetzlaff tyrannisiert seine Familie, insbesondere seine Frau, die er pausenlos als "dusselige Kuh" beschimpft, der er in gemeinster Weise ihr Alter vorhält und die er sonst nur als Arbeitssklavin benutzt. Zank, Intrigen und Mißgunst bestimmen auch das Verhältnis der Tetzlaffs zu den Nachbarn und Bekannten. Partnerschaft, Kollegialität, Solidarität – davon ist in dieser Serie nicht einmal andeutungsweise die Rede. Das werktätige Volk wird als verrottet, als verfaulender Teil der Gesellschaft, als Träger aller negativen und reaktionären Erscheinungen dargestellt.

Aber auch Tetzlaff und seine Tiraden können die Wirklichkeit nicht auf den Kopf stellen: verrottet und verfault ist der menschenfeindliche Imperialismus. Und auch wenn in dieser Serie vom wachsenden Einfluß des Kommunismus unter den Massen keine Rede ist, das sozialistische China und die VR Albanien mit keinem Wort erwähnt werden: die Arbeiterklasse und alle Werktätigen werden den Kapitalismus stürzen, um der sozialistischen Zukunft den Weg zu bahnen. Imperialismus und mit ihm Reaktion und Faschismus werden von den Massen auf den Misthaufen der Geschichte befördert werden. Den Werktätigen gehört die Zukunft.

Parteiveranstaltungen

KÖLN:
Am 14. 4. findet in Köln-Ehrenfeld eine Veranstaltung der KPD/ML statt mit dem Thema: Vorwärts zum roten 1. Mai! Beginn: 19.00 Uhr, "Landmannstuben", Landmannstr./Fridolinstr.

BIELEFELD:
"Die Krise des westdeutshcen Imperialismus", am 4. 4., 19.00 Uhr, Gaststätte "Zur Rasenbank", Heinrichstraße.

NÜRNBERG:
Am 6., 13., 20. und 27. 4. jeweils ab 18.00 Uhr, ist im Nürnberger Kommunikationszentrum eine Ausstellung der KPD/ML zur Geschichte des 1. Mai zu besichtigen.